

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Satzungen der Verbandsstufen



www.vdk-bawue.de

**Sozialverband VdK:
Im Mittelpunkt der Mensch.**

„Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird nur die männliche Sprachform verwendet, die die weibliche Form mit einschließt.“

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.,
Sitz Stuttgart

Johannesstr. 22
70176 Stuttgart

Unter Nr. 957 in das Vereinsregister des
Amtsgericht Stuttgart am 14.02.1955 eingetragen.

Als gemeinnützige und besonders förderungswürdige
Organisation anerkannt.

Inhaltsverzeichnis

Satzung des Landesverbandes	3
Satzung der Bezirksverbände	21
Anlage zur Satzung der Bezirksverbände	29
Satzung des Kreisverbände	30
Anlage zur Satzung der Kreisverbände	40
Satzung des Ortsverbände	41
Anlage zur Satzung der Ortsverbände	57
Anhang zur Satzung	
Wahlordnung	71
Richtlinien zur Rechtsstellung der Ehegatten, Lebensgefährten und Kinder in häuslicher Gemeinschaft (Ehegatten/Lebensgefährten/ Kindermitgliedschaft – Jungmitgliedschaft – Familienmitgliedschaft)	73

Satzung des Landesverbandes

§ 1

Name und Sitz

Der VdK führt den Namen „Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.“, Sitz Stuttgart.

§ 2

Wesen und Zweck des VdK

1. Der VdK ist parteipolitisch und konfessionell neutral. Er bekennt sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat.
2. Der VdK ist eine Sozial- und Arbeitnehmerorganisation und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für den in § 3 Ziff. 1 a–j und Ziff. 2 genannten Personenkreis. Der VdK ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Öffentlichkeit. Der VdK unterhält die dazu notwendigen Einrichtungen in eigener Verwaltung, soweit sie sich aus den Bestimmungen dieser Satzung ergeben.
3. Mittel des VdK dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Zuwendungen an die Mitglieder des VdK sind nur zulässig, wenn und soweit sie durch die Bestimmungen dieser Satzung geregelt sind. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des VdK. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des VdK fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegen Zahlung einer für das Ehrenamt angemessenen Vergütung ausgeübt werden.
4. Der Verbandszweck soll vornehmlich erreicht werden durch
 - a) Einflussnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung,
 - b) Betreuung des in § 3 Ziffer 1. und 2. genannten Personenkreises in versorgungs-, fürsorge-, sozialversicherungs-, behinderten-, sozialhilfe- und in anderen

sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in der Altenhilfe und Altenarbeit; wird die Betreuung durch eine rechtlich selbstständige Kapitalgesellschaft oder deren Mitarbeiter wahrgenommen, so müssen sämtliche Anteile einer solchen Gesellschaft vom VdK gehalten werden.

- c) Förderung des behinderten- und altengerechten Wohn- und Siedlungswesens,
 - d) Förderung des Behindertensports,
 - e) Patientenberatung,
 - f) Förderung der Rehabilitation,
 - g) kulturelle Betreuung,
 - h) Förderung der Jugendarbeit,
 - i) Förderung der VdK Stiftung Baden-Württemberg
5. Der VdK hält es für seine Pflicht, durch Aufklärung seiner Mitglieder und der Öffentlichkeit sowie durch Ausdehnung und Ausbau internationaler Beziehungen gegen die Vorbereitung und die Entfaltung neuer Kriege Stellung zu nehmen, alle Bemühungen zur Sicherung des Friedens zu unterstützen und für die Schaffung eines vereinten Europas einzutreten.
6. Der VdK fördert das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Als Mitglieder können aufgenommen werden
- a) Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene, Kriegshinterbliebene und Angehörige von Vermissten,
 - b) Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer von Gewalt sowie Berechtigte nach Gesetzen, auf die das Bundesversorgungsgesetz entsprechende Anwendung findet, und deren Hinterbliebene,
 - c) Rentnerinnen und Rentner sowie Empfänger von Versorgungsbezügen,
 - d) Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, Patienten,
 - e) Unfallverletzte,
 - f) Personen, die durch einen anerkannten Umweltschaden gesundheitlich beeinträchtigt sind,
 - g) die Hinterbliebenen der in Buchstaben c) bis f) aufgeführten Gruppen,
 - h) jede Vollwaise von Hinterbliebenen im Sinne der Buchstaben a) bis g),

- i) die Angehörigen der in den Buchstaben a) bis g) genannten Personengruppen einschließlich der Ehegatten und außerdem Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft,
 - j) Sozialversicherte, Versorgungsberechtigte.
2. Andere Personen und deren Ehegatten sowie Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft können als fördernde Mitglieder aufgenommen werden, wenn sie gewillt sind, den Landesverband in seinen Zielen und Bestrebungen zu fördern und zu unterstützen.
 3. Außerordentliche Mitglieder können Organisationen, Vereine und Körperschaften des privaten oder öffentlichen Rechts werden, die den Landesverband in seinen Zielen und Bestrebungen zu fördern und zu unterstützen bereit sind.
 4. Die Mitglieder von Organisationen, Vereinen und Körperschaften des privaten Rechts nach Ziff. 3 können als Mitglieder aufgenommen werden, wenn dies vom außerordentlichen Mitglied beantragt und eine Vereinbarung über die Rechte und Pflichten dieser Mitglieder zwischen dem außerordentlichen Mitglied und dem Landesverband getroffen wird.
 5. Auf Antrag der Orts- oder Kreisverbände können durch die Bezirksverbandsvorstände ernannt werden
 - a) Mitglieder, die sich um den Aufbau und die Ziele des Sozialverbandes VdK besondere Verdienste erworben haben, zu Ehrenvorsitzenden oder zu Ehrenmitgliedern,
 - b) sonstige Personen, die den Sozialverband VdK in seinen Zielen besonders gefördert haben, zu Ehrenmitgliedern.Näheres wird durch Richtlinien des Landesverbandsvorstandes bestimmt.
 6. Der VdK ist Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

§ 4 Beginn der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft wird in der Regel in dem Ortsverband begründet, in dessen Bereich sich der Wohnsitz des Mitglieds befindet. An Orten, in denen sich kein Ortsverband

befindet, wird die Mitgliedschaft durch den zuständigen Kreisverbandsvorstand geregelt.

2. Außerordentliche Mitglieder werden durch den Landesverbandsvorstand aufgenommen. Die Aufnahme kann abgelehnt werden, wenn sie dem Verbandsinteresse entgegensteht.
3. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft wird gleichzeitig die Mitgliedschaft im VdK, Landesverband Baden-Württemberg e. V. und seinen Verbandsstufen sowie die Mitgliedschaft im VdK Deutschland erworben.

§ 5

Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft im VdK endet durch Tod, durch eine schriftliche, an den Vorstand des Ortsverbandes oder einer übergeordneten Verbandsstufe gerichtete Austrittserklärung oder durch Ausschluss. Sie endet auch dann, wenn ein Mitglied mit mindestens einem Jahresbeitrag trotz schriftlicher Mahnung mit seiner Beitragszahlung im Rückstand geblieben ist.
2. Der freiwillige Austritt kann frühestens ein Jahr nach Erwerb der Mitgliedschaft erklärt werden. Für Mitglieder und außerordentliche Mitglieder ist dies nur zum Schluss des Kalenderjahres unter Einhaltung einer vierjährlichen Kündigungsfrist möglich.
3. Bei einem Wechsel zu einem anderen Ortsverband findet ein Beitragsausgleich nicht statt.
4. Die Mitgliedschaft im Landesverband endet auch mit der Übernahme des Mitgliedes durch einen anderen Landesverband.
5. Bereits bezahlte Mitgliedsbeiträge werden nicht zurückerstattet.

§ 6

Ausschluss

1. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden: bei verbandsschädigendem Verhalten, Zuwiderhandlungen gegen die Interessen des VdK, Verurteilung wegen

ehrenrühriger Handlung oder wenn das Mitglied den Zielen und Satzungen des VdK bewusst entgegenarbeitet oder wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Voraussetzungen für den Erwerb der Mitgliedschaft nicht vorlagen.

2. Zur Stellung eines Ausschlussantrages ist jedes Mitglied des VdK berechtigt.

Der Ausschlussantrag ist beim Ortsverbandsvorstand des betroffenen Mitgliedes einzureichen, der diesen mit einer Stellungnahme an den Kreisverbandsvorstand weiterleitet. Dieser entscheidet über den Antrag. Ausschlussanträge gegen Mitglieder eines Ortsverbandsvorstandes sind beim Kreisverbandsvorstand einzureichen, der diesen mit einer Stellungnahme an den Bezirksverbandsvorstand weiterleitet. Dieser entscheidet über den Antrag.

Ausschlussanträge gegen Mitglieder des Kreisverbandsvorstandes sind beim Bezirksverbandsvorstand einzureichen. Dieser entscheidet über den Antrag. Über die Entscheidung ist der Landesverbandsvorstand zu informieren.

Ausschlussanträge gegen Mitglieder des Bezirksverbandsvorstandes, des Landesverbandsvorstandes und des Beschwerde- und Schlichtungsausschusses sowie gegen Revisoren und hauptamtliche Angestellte des Landesverbandes sind beim Landesverbandsvorstand einzureichen. Dieser entscheidet über den Antrag.

3. Von dem Ausschlussantrag ist dem Beschuldigten Kenntnis zu geben. Dem Beschuldigten muss Gelegenheit gegeben werden, innerhalb einer Frist von 1 Monat zu den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen schriftlich oder mündlich Stellung zu nehmen.
4. Von der Entscheidung sind die Beteiligten unter Angabe der Gründe und unter Hinweis auf die Beschwerdemöglichkeit und die Beschwerdefrist von 1 Monat schriftlich zu benachrichtigen. Über die Beschwerde entscheidet der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss des Landesverbandes endgültig.

Über die Beschwerde von Mitglieder des Landesverbandsvorstandes und des Beschwerde- und Schlichtungsausschusses sowie gegen Mitglieder von Verbandorganen des VdK Deutschland entscheidet als letzte Instanz der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss des VdK Deutschland.

5. Im Rahmen eines Ausschlussantrages kann in dringenden Fällen je nach Zuständigkeit gemäß Ziff. 2 der Bezirksverbandsvorstand oder der Landesverbandsvorstand schriftlich das vorläufige Ruhen der Mitgliedschaft bis zur endgültigen Entscheidung über den Ausschluss anordnen. Damit ruhen auch alle Mitgliedsrechte. Dagegen ist innerhalb eines Monats Beschwerde beim Beschwerde- und Schlichtungsausschuss des Landesverbandes möglich, der darüber endgültig entscheidet. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.
6. Den Ausschluss fördernder und außerordentlicher Mitglieder regelt der Landesverbandsvorstand sinngemäß.
7. Macht das Mitglied von dem Recht der Beschwerde keinen Gebrauch oder versäumt es die Beschwerdefrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass dieser nicht gerichtlich angefochten werden kann.
8. Über Befangenheitsanträge gegen Mitglieder des Bezirksverbandsvorstandes entscheidet der Landesverbandsvorstand; gegen Mitglieder des Landesverbandsvorstandes der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss.

§ 7

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht der Inanspruchnahme der Verbandseinrichtungen, der Beteiligung an Mitgliederversammlungen und Wahlen, solange es seine Verpflichtungen dem VdK gegenüber erfüllt. Das aktive Wahlrecht kann nur in dem Ortsverband ausgeübt werden, in dem die Mitgliedschaft gem. § 4 der Satzung begründet ist. Es kann in jedes Verbandsorgan gewählt und zu jedem Ehrenamt berufen werden. Angestellte von Verbandsstufen können nicht in der gleichen oder einer übergeordneten Verbandsstufe zu Ehrenämtern berufen werden, wohl aber in den nachgeordneten Verbandsstufen.
2. Bei nicht volljährigen oder sonst in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Mitgliedern werden die Mitgliedsrechte durch den gesetzlichen Vertreter ausgeübt.
3. Die Mitglieder erhalten die Verbandszeitschrift unentgeltlich. Ehegattenmitglieder, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft, Kinder, Schüler, Auszubildende und Studenten erhalten die Verbandszeitschrift nicht.

4. Die Mitglieder haben das Recht, bei der Verfolgung ihrer versorgungs-, fürsorge-, sozialversicherungs-, behinderten-, sozialhilfe- und anderen sozialrechtlichen Ansprüche die Hilfe des VdK in Anspruch zu nehmen. Ein Hilfeanspruch besteht nicht, wenn das Hilfebegehren offensichtlich unbegründet ist oder ihm deshalb nicht entsprochen werden kann, weil die Vertretungsbefugnis fehlt. Insbesondere für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und bei Strafverfolgung der Mitglieder gibt es keinen Vertretungsanspruch. Soweit für die Wahrnehmung der betreffenden Aufgaben die vom VdK errichtete VdK Sozialrechtsschutz gGmbH mit dem Sitz in Stuttgart besteht, leistet der VdK seine Hilfe durch Einschaltung dieser Gesellschaft.
5. Die Bearbeitung von Vorverfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz oder der Verwaltungsgerichtsordnung und die Vertretung vor den Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten sowie den Landessozialgerichten und dem Verwaltungsgerichtshof obliegt der vom VdK errichteten Sozialrechtsschutz gGmbH mit Sitz in Stuttgart und ihren Geschäftsführern und Mitarbeitern. Die Vertretung von Mitgliedern in Verfahren vor dem Bundessozialgericht wird durch den Sozialverband VdK Deutschland e.V. mit dem Sitz in Bonn wahrgenommen.
6. Die durch die Bearbeitung von Vorverfahren und/oder gerichtlichen Verfahren entstehenden Kosten der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH hat das jeweils vertretene Mitglied auf der Grundlage eines mit der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH abzuschließenden Geschäftsbesorgungsvertrages nach Maßgabe der folgenden Regelungen zu vergüten:
 - a) Die von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH zu berechnenden Entgelt-Sätze betragen bei den nachstehenden Verfahren:

Vorverfahren	EUR 230,00
Verfahren in der 1. Instanz	EUR 360,00
Verfahren in der 2. Instanz	EUR 430,00
 - b) Bei von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH vertretenen Mitgliedern, die nicht im Sinne von § 53 der Abgabenordnung bedürftig sind, erhöhen sich die in Buchstabe a) bestimmten Entgelt-Sätze durch die Hinzurechnung der Umsatzsteuer nach dem jeweils geltenden Steuersatz (derzeit 7 %).

c) Endet ein von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH zu bearbeitendes Verfahren vorzeitig und ist der entstandene Bearbeitungsaufwand wesentlich geringer als der durchschnittliche Bearbeitungsaufwand in einem Verfahren, das durch Endentscheidung abgeschlossen wird, so ermäßigen sich die Entgelt-Sätze nach den Buchstaben a) und b) auf die Hälfte.

7. Wird ein Mitglied, das im Sinne von § 53 der Abgabenordnung bedürftig ist, von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH in einem Vorverfahren und/oder gerichtlichen Verfahren vertreten und erwirbt das vertretene Mitglied keinen Anspruch gegen den jeweiligen Verfahrensgegner auf vollständige Erstattung des an die VdK Sozialrechtsschutz gGmbH zu zahlenden Entgelts oder kann ein erworbener Erstattungsanspruch nicht durchgesetzt werden, so ist der VdK berechtigt, die Kostenschuld des Mitglieds gegenüber der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH anstelle des Mitglieds mit der Maßnahme teilweise zu begleichen, dass von dem Mitglied selbst lediglich die folgenden Anteile des geschuldeten Entgelts zu entrichten sind:

Vorverfahren	EUR 15,00
Verfahren in der 1. Instanz	EUR 25,00
Verfahren in der 2. Instanz	EUR 35,00

Bestand die VdK-Mitgliedschaft des vertretenen Mitglieds bei Beauftragung der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH weniger als zwei Jahre, so verdoppeln sich die vorstehenden Beträge. Wurde die VdK-Mitgliedschaft anlässlich der Beauftragung der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH erworben oder bestand sie noch nicht wenigstens ein Jahr, so ist das Dreifache der vorstehenden Beträge anzusetzen. In keinem Fall besteht ein Rechtsanspruch eines Mitglieds auf Leistungen des VdK nach den Bestimmungen dieses Absatzes.

8. Der VdK haftet für die Tätigkeit der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH sowie die Tätigkeit ihrer Bevollmächtigten. Für die Verjährung eines Schadenersatzanspruchs gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ein Schadenersatzanspruch gegen den VdK verjährt spätestens mit Ablauf von drei Jahren nach Beendigung des jeweiligen Verfahrens.
9. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Verbandssatzung einzuhalten, die Beschlüsse der Verbandsorgane zur

Ausführung zu bringen, die Interessen des VdK zu wahren, bei seiner Ausbreitung mitzuwirken und nach Kräften zur Verwirklichung der Ziele des VdK beizutragen.

10. Die Beendigung der Mitgliedschaft enthebt das bisherige Mitglied nicht von seinen vor dem Ausscheiden entstandenen Verpflichtungen gegenüber dem Landesverband. Das ausgeschiedene Mitglied hat keinen Anspruch an das Verbandsvermögen.

§ 8 Beiträge

1. Der Gesamtmitgliedsbeitrag beträgt jährlich Euro 72,00.

Der Beitrag ist im Voraus fällig und wird im Lastschriftverfahren jährlich, halbjährlich oder vierteljährlich eingezogen. Im Jahr des Beitritts wird der Gesamtmitgliedsbeitrag anteilig im Voraus erhoben.

2. Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres zahlen die Hälfte des Regelbeitrages.
3. Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft und Kinder (Schüler, Auszubildende und Studenten) eines Hauptmitgliedes zahlen nur die Hälfte des Regelbeitrags. Darüber hinaus zahlen alle weiteren zum Haushalt gehörenden Kinder im Rahmen einer Familienmitgliedschaft insgesamt nur ein Viertel des Regelbeitrages. Nicht volljährige Kinder eines Mitgliedes, für die keine Mitgliedschaft nach § 8 Ziff. 1 oder § 8 Ziff. 3 besteht, sind für die Dauer eines Rechtsmittelverfahrens der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH beitragsfrei Mitglied. In diesem Fall ist nach Eintritt der Volljährigkeit der Regelbeitrag zu entrichten, sofern nicht die Voraussetzungen für eine Ermäßigung vorliegen. Einzelheiten dazu legt der Landesverbandsvorstand in Richtlinien fest.
4. Der Beitrag für fördernde Mitglieder beträgt mindestens Euro 72,00 jährlich. Der Beitrag ist im Voraus fällig und wird im Lastschriftverfahren jährlich, halbjährlich oder vierteljährlich eingezogen. Im Jahr des Beitritts wird der Gesamtmitgliedsbeitrag anteilig im Voraus erhoben. Zahlt das fördernde Mitglied einen höheren Beitrag, verbleibt der übersteigende Betrag der aufnehmenden Verbandsstufe. Im Übrigen gilt § 8 Ziff. 5 entsprechend.

5. Der Beitrag für außerordentliche Mitglieder wird von Fall zu Fall vereinbart. Der Landesverbandsvorstand erlässt hierzu Richtlinien.
6. Vom monatlichen Gesamtmitgliedsbeitrag in Höhe von Euro 6,00 beträgt
 - a) der Beitragsanteil des Landesverbandes Euro 3,70. Hierin ist der an den VdK Deutschland zu entrichtende Beitragsanteil mit enthalten.
 - b) der Beitragsanteil der Bezirksverbände Euro 1,00.
 - c) der Beitragsanteil der Kreis- und Ortsverbände zusammen Euro 1,30. Die Aufteilung auf die Kreis- und Ortsverbände bleibt den Kreisverbandstagen bzw. Kreisverbandskonferenzen überlassen.
7. Vom jährlichen Gesamtmitgliedsbeitrag in Höhe von Euro 72,00 beträgt
 - a) der Beitragsanteil des Landesverbandes Euro 44,40. Hierin ist der an den VdK Deutschland zu entrichtende Beitragsanteil mit enthalten.
 - b) der Beitragsanteil der Bezirksverbände Euro 12,00.
 - c) der Beitragsanteil der Kreis- und Ortsverbände zusammen Euro 15,60. Die Aufteilung auf die Kreis- und Ortsverbände bleibt den Kreisverbandstagen bzw. Kreisverbandskonferenzen überlassen.

Die Beitragsaufteilung gilt für Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft, Kinder, Schüler, Auszubildende und Studenten entsprechend. Gleiches gilt für Mitglieder, die bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres nur die Hälfte des Regelbeitrages entrichten bzw. im Rahmen der Familienmitgliedschaft lediglich ein Viertel des Regelbeitrages zahlen. Einzelheiten dazu legt der Landesverbandsvorstand in Richtlinien fest.

§ 9 Gliederung und Organe

1. Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. gliedert sich in
 - a) Ortsverbände,
 - b) Kreisverbände,
 - c) Bezirksverbände.

Der Landesverbandsvorstand regelt Änderungen des Gebietsumfangs der Bezirksverbände.

2. Organe des Landesverbandes sind
 - a) Vorstand sowie Hauptversammlung und Mitgliederversammlung des Ortsverbandes,
 - b) Kreisverbandsvorstand, Kreisverbandskonferenz und Kreisverbandstag,
 - c) Bezirksverbandsvorstand, Bezirksverbandskonferenz,
 - d) Landesverbandsvorstand, Landesverbandskonferenz und Landesverbandstag.

§ 10

Landesverbandsvorstand

1. Der Landesverbandsvorstand besteht aus
 - a) dem Vorsitzenden und drei Stellvertretern
 - b) dem Schatzmeister,
 - c) dem Schriftführer,
 - d) der Frauenvertreterin,
 - e) den übrigen Mitgliedern der Bezirksverbandsvorstände,
 - f) den Landesobleuten der Rentner, Behinderten und der Schwerbehinderten-Vertrauenspersonen, sowie einem jungen Behinderten.

Die Amtszeit des Landesverbandsvorstandes beginnt mit der Wahl und endet mit der Neuwahl eines Landesverbandsvorstandes beim Landesverbandstag. Das Amt eines Mitglieds im Landesverbandsvorstand endet unabhängig hiervon mit seinem Ausscheiden aus dem VdK. Der Vorstand kann für ein ausgeschiedenes Mitglied bis zur nächstmöglichen Ersatzwahl ein neues Mitglied selbst berufen.

2. Der Landesverbandstag wählt aus den Bezirksverbandsvorsitzenden den Landesverbandsvorsitzenden; die weiteren drei Bezirksverbandsvorsitzenden sind seine Stellvertreter. Er wählt ferner den Landesverbandsschatzmeister sowie den Schriftführer und die Frauenvertreterin. Er wählt ferner die Vertreter gemäß Ziffer 1 Buchstabe f) auf Vorschlag der Bezirksverbandsobleute. Erforderliche Ersatzwahlen zwischen zwei Landesverbandstagen erfolgen durch die Landesverbandskonferenz.
3. Der Landesverbandsvorsitzende und seine drei Stellvertreter, Schatzmeister, Schriftführer und Frauenvertreterin bilden den Geschäftsführenden Landesverbandsvorstand. Seine Beschlüsse bleiben bindend, sofern sie nicht vom Landesverbandsvorstand in seiner nächsten Sitzung abgeändert werden.

4. Vom Landesverbandsvorstand sollen weiterhin Vertreter der übrigen in Sonderfürsorge stehenden Mitglieder zu Beratungen, die ihre besonderen Interessen betreffen, zugezogen werden.
5. Zu den Sitzungen des Landesverbandsvorstandes werden zugezogen, soweit dies erforderlich erscheint
 - a) der Vorsitzende des Beschwerde- und Schlichtungsausschusses oder dessen Stellvertreter,
 - b) der Obmann der Revisoren oder dessen Stellvertreter.
6. Der Landesverbandsvorstand hat nach Maßgabe der Satzung, einer Geschäftsordnung und der Beschlüsse des Landesverbandstages und der Landesverbandskonferenz die sich für ihn ergebenden Aufgaben zu erfüllen, den VdK in seinem Gebiet nach innen und außen zu vertreten und über die Einrichtung und den Ausbau der Geschäftsstellen sowie die Einstellung und Entlassung der Angestellten zu entscheiden, soweit diese Aufgaben nicht im Rahmen der Satzung und Geschäftsordnung an den Geschäftsführenden Landesverbandsvorstand oder an die Bezirksverbände delegiert sind.
7. Der Landesverbandsvorstand beschließt über Geschäftsbericht und Jahresrechnung endgültig, sofern nicht im gleichen Jahr eine Landesverbandskonferenz oder ein Landesverbandstag stattfindet.
8. Der Landesverbandsvorstand bestellt einen hauptamtlichen Geschäftsführer, der dem Geschäftsführenden Landesverbandsvorstand mit beratender Stimme angehört.
9. Der Landesverbandsvorstand bildet zur Durchführung seiner Aufgaben auf sozialpolitischem Gebiet einen beratenden Ausschuss. Die Mitglieder desselben werden von den Bezirksverbandsvorständen vorgeschlagen. Der Landesverbandsgeschäftsführer und die Bezirksverbandsgeschäftsführer gehören ihm kraft Amtes an.
10. Der Vorstand i. S. d. § 26 BGB besteht aus dem Landesverbandsvorsitzende und drei Stellvertretern. Jeweils zwei von ihnen vertreten den VdK gemeinsam.

§ 11 Beschwerde- und Schlichtungsausschuss

1. Der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss besteht aus:

- a) dem Ausschussvorsitzenden
- b) 4 ordentlichen Mitgliedern.

Der Vorsitzende soll die Befähigung zum Richteramt haben.

2. Sowohl der Ausschussvorsitzende als auch die ordentlichen Mitglieder werden durch den Landesverbandstag gewählt. Außerdem wählt der Landesverbandstag zwei stellvertretende Mitglieder, die vom Ausschussvorsitzenden dann zu Sitzungen herangezogen werden können, wenn ein ordentliches Mitglied absagt oder ausfällt.
3. Der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss entscheidet
 - a) in Fällen nach § 6 Ziff. 4 bis 6,
 - b) bei Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen einzelnen Verbandsstufen, soweit es sich um die Auslegung dieser Satzung handelt, in letzter Instanz,
 - c) bei Streitigkeiten über die Wirksamkeit von Wahlen in die Organe des Landesverbandes.
4. Die weiteren Aufgaben regeln sich nach einer von der Landesverbandskonferenz oder vom Landesverbandstag zu beschließenden Schlichtungsordnung.
5. Der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss gibt sich seine Verfahrensordnung selbst.

§ 12 **Revisoren**

1. Der Landesverband hat vier in den Bezirksverbänden gewählte Revisoren. Die Wahl ist durch den Landesverbandstag oder durch die Landesverbandskonferenz zu bestätigen. Die Revisoren sind in dieser Eigenschaft vom Landesverbandsvorstand unabhängig und nur dem Landesverbandstag verantwortlich. Sie wählen unter sich einen Obmann, welche während ihrer Wahlperiode für die Tätigkeit der Revisoren federführend ist.
2. Sofern ein Revisor in seiner Funktion im Bezirksverband ausscheidet, endet auch sein Amt als Revisor im Landesverband. Beruft der Bezirksverbandsvorstand gemäß § 10 Ziff. 2 der Bezirksverbandssatzung einen Ersatzrevisor, so übernimmt dieser das Amt als Revisor im Landesverband bis zur nächsten Wahlmöglichkeit.

3. Revisionen der Landesverbandskasse finden mindestens jährlich statt. Die Revisoren sind in begründeten Fällen berechtigt, die Kassen aller Verbandsstufen unvermutet zu prüfen. Über den Grund der unvermuteten Prüfung ist der Landesverband vor der Revision in Kenntnis zu setzen. Ein Auftrag zur Kassenprüfung der Verbandsstufen kann auch durch den Landesverband erfolgen. Über das jeweilige Ergebnis ist dem Landesverbandsvorstand schriftlich zu berichten.

§ 13

Landesverbandskonferenz

1. Die Landesverbandskonferenz besteht aus
 - a) dem Landesverbandsvorstand,
 - b) dem Beschwerde- und Schlichtungsausschuss,
 - c) den vier Revisoren,
 - d) den Kreisverbandsvorsitzenden,
 - e) den Bezirksverbandsobleuten der Rentner, der Behinderten und der Schwerbehinderten-Vertrauenspersonen.
 - f) den weiteren Delegierten der großen Kreisverbände.
2. Große Kreisverbände, das sind Kreisverbände mit mehr als 3.500 Mitgliedern, erhalten für jeweils weitere angefangene 3.500 Mitglieder einen weiteren Delegierten.
3. Ist ein Kreisverbandsvorsitzender gleichzeitig Mitglied eines Gremiums nach Ziffer 1 Buchstabe a), b), c) oder e), oder ist er an der Teilnahme verhindert, so tritt an seine Stelle sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Kreisverbandsvorstandes.
4. Die Landesverbandskonferenz wird durch den Landesverbandsvorstand mindestens einmal zwischen zwei Landesverbandstagen einberufen
 - a) zur Behandlung grundsätzlicher Angelegenheiten,
 - b) zur Beschlussfassung über Geschäftsberichte und Jahresrechnungen, sofern nicht im gleichen Jahr ein Landesverbandstag stattfindet,
 - c) zu Ersatzwahlen in den Fällen des § 10 und 11 sowie der Bestätigung im Falle des § 12,
 - d) zur Beschlussfassung über Änderungen des § 8 der Landesverbandssatzung und den sich daraus ergebenden Änderungen der Satzungen der nachgeordneten Verbandsstufen.
 - e) zur Beschlussfassung über eine Änderung der in § 7 Ziffer 6 und 7 der Ortsverbandssatzung und der Landesverbandssatzung bestimmten Entgeltsätze.

§ 14 Landesverbandstag

1. Alle 4 Jahre findet ein ordentlicher Landesverbandstag statt. Er wird durch den Landesverbandsvorstand einberufen. Ort und Termin des Landesverbandstages ist den Kreis- und Ortsverbänden mindestens drei Monate vorher schriftlich bekannt zu geben. Wenn ein dringendes Bedürfnis vorliegt, ist der Landesverbandstag kurzfristig auch zu einem früheren Zeitpunkt schriftlich einzuberufen.
2. An dem Landesverbandstag nehmen als stimmberechtigt teil
 - a) der Landesverbandsvorstand,
 - b) der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss
 - c) die 4 Revisoren
 - d) die Kreisverbandsvorsitzenden,
 - e) 100 weitere Delegierte, die sich auf die Kreisverbände entsprechend der Mitgliederzahl verteilen und von den Kreisverbandstagen oder Kreisverbandskonferenzen zu wählen sind. Auf jeden Kreisverband entfällt mindestens 1 Delegierter. Sofern sich daraus Überhangmandate ergeben, werden diese auf die Kreisverbände nach der Mitgliederzahl verteilt,
 - f) die Bezirksverbandsobleute der Rentner, der Behinderten und der Schwerbehinderten-Vertrauenspersonen.

Die Zahl der Delegierten nach Buchstabe e) verteilt der Landesverbandsvorstand mindestens drei Monate vor dem Landesverbandstag auf die Kreisverbände nach dem Durchschnitt der Mitglieder des letzten Halbjahres des abgeschlossenen Geschäftsjahres.

Kreisverbände, die mehr als einen Delegierten entsenden, sind verpflichtet, wenigstens eine Frau zu delegieren, solche, die mehr als 2 Delegierte entsenden, auch einen Rentner oder einen Behinderten. Die Entsendung von Delegierten mit gebundenem Mandat ist nicht statthaft.

3. Ist ein Kreisverbandsvorsitzende gleichzeitig Mitglied eines Gremiums nach Ziffer 2 Buchstaben a), b), c) oder f), oder ist er an der Teilnahme verhindert, so tritt an seine Stelle sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Kreisverbandsvorstandes.

4. Die Aufgaben des Landesverbandstages sind
 - a) Entgegennahme des Geschäfts-, des Kassen- und des Revisionsberichtes über die verfllossene Zeit,
 - b) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes,
 - c) Neuwahl des Landesverbandsvorstandes, des Beschwerde- und Schlichtungsausschusses, Bestätigung der Wahl der Revisoren,
 - d) Beschlussfassung über die Landesverbandssatzung und die Satzungen der nachgeordneten Verbandsstufen sowie über die Änderung dieser Satzungen,
 - e) Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge.
5. Bei der Abstimmung über die Entlastung sind nur die unter Ziff. 2, Buchstabe d) bis f) Genannten stimmbe-rechtigt.
6. Anträge zum Landesverbandstag müssen bis zu der vom Landesverbandsvorstand festgelegten Frist bei der Landesverbandsgeschäftsstelle über die Bezirksverbands-vorstände eingereicht werden.

Später eingehende oder erst beim Landesverbandstag vorgelegte Anträge bedürfen der Unterschrift von mindestens 10 Delegierten.

Der Landesverbandsvorstand ist berechtigt, eine Organisations- und Satzungskommission und eine Sozialpolitische Kommission, bestehend aus höchstens je 15 Mitgliedern, in denen die 4 Bezirksverbände durch Delegierte und der Landesverbandsvorstand mit je gleicher Zahl vertreten sein sollen, zu bestellen und durch diese Kommission die zum Landesverbandstag eingereichten Anträge vorweg zu behandeln und die Stellungnahmen hierzu dem Landesverbandstag vorlegen zu lassen.

§ 15 Rechtsverhältnisse und Geldwesen

1. Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände bedürfen zur wirk-samen Begründung von Verbindlichkeiten, die über die ihnen satzungsgemäß zugewiesenen Aufgaben und die zur Verfügung stehenden Mittel hinausgehen, der Ge-nehmigung des Landesverbandes. Soweit solche ge-nehmigungsbedürftigen Verbindlichkeiten ohne die Ge-nehmigung des Landesverbandes eingegangen werden, haftet der Landesverband hierfür nicht. Er haftet auch nicht für die Einstellungen von Angestellten bei Ver-

bandsstufen, soweit es sich nicht um Angestellte des Landesverbandes handelt.

2. Der Landesverband ist berechtigt, eine außerordentliche Versammlung eines satzungsgemäßen Organs einer nachgeordneten Verbandsstufe einzuberufen, wenn das Verbandsinteresse dies erfordert.
3. Der Landesverband hat Gruppenversicherungsverträge. Das Mitglied stimmt der Speicherung und Weitergabe seiner Daten zu diesen Zwecken und an Verbundunternehmen des Landesverbandes zu.

§ 16

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

1. Organe des Landesverbandes (§ 9 Ziffer 2) – mit Ausnahme der Haupt- und Mitgliederversammlung des Ortsverbandes – sind nur dann beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.
2. Beschlüsse bedürfen, sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, der einfachen Mehrheit der Abstimmenden. Stimmenthaltung wird nicht gewertet. Beschlüsse zur Änderung der Satzung des Landesverbandes und der nachgeordneten Verbandsstufen kann nur die Landesverbandskonferenz mit Zweidrittelmehrheit oder der Landesverbandstag mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten fassen. Der Landesverbandsvorsitzende mit einem Stellvertreter ist berechtigt, mit Zustimmung des Landesverbandsvorstandes die vorgenannten Satzungen zu ändern, wenn es infolge gerichtlicher oder gesetzlicher Maßnahmen erforderlich sein sollte. Er muss der Landesverbandskonferenz darüber berichten.
3. Abstimmungen sind offen, geheime Abstimmung muss vorgenommen werden, wenn es ein Drittel der Abstimmungsberechtigten verlangt.
4. Wahlen finden offen nur dann statt, wenn sich kein Widerspruch erhebt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt.
5. Soweit Beschlüsse der Orts-, Kreis- und Bezirksverbände gegen solche übergeordneten Gremien verstoßen, sind sie nichtig.

- Über Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Vorsitzenden und dem Schriftführer oder einem anderen Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

§ 17 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 18 Auflösung

- Die Auflösung des Landesverbandes kann nur durch einen Landesverbandstag erfolgen. Die Einberufung kann ordentlich oder zu dem Zwecke der Auflösung vorgenommen werden. Voraussetzung der Auflösung ist ein entsprechend begründeter Antrag des Landesverbandsvorstandes, der von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer gebilligt wird.
- Bei Auflösung des Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke desselben ist das noch vorhandene Vermögen unmittelbar und ausschließlich in die VdK Stiftung Baden-Württemberg einzubringen.

§ 19 Inkrafttreten der Satzung

Die vorliegende Satzung wurde am 21. September 2012 durch den 16. Ordentlichen Landesverbandstag beschlossen und durch die Landesverbandskonferenz am 28. Juli 2015 mit Wirkung zum 1. Januar 2016 geändert.

Satzung der Bezirksverbände

§ 1

Name und Sitz

Der Bezirksverband ist eine nachgeordnete Verbandsstufe des VdK Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. und führt den Namen Sozialverband VdK Baden-Württemberg, Bezirksverband, Sitz

Die Eintragung in das Vereinsregister ist unzulässig.

§ 2

Wesen und Zweck

1. Der Bezirksverband ist parteipolitisch und konfessionell neutral. Er bekennt sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat.
2. Der Bezirksverband ist eine Sozial- und Arbeitnehmerorganisation und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für den in § 3 Ziff. 1 a–j und Ziff. 2 der Satzung des Landesverbandes und der Ortsverbände genannten Personenkreises. Der Bezirksverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Der Bezirksverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Öffentlichkeit auf Bezirksverbandsebene. Er unterhält die dazu notwendigen Einrichtungen in eigener Verwaltung, soweit nicht die Zuständigkeit einer anderen Verbandsstufe gegeben ist.

3. Mittel des Bezirksverbandes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Zuwendungen an die Mitglieder des VdK sind nur zulässig, wenn und soweit sie durch die Bestimmungen dieser Satzung geregelt sind. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des VdK. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des VdK fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegen Zahlung einer für das Ehrenamt angemessenen Vergütung ausgeübt werden.

4. Der Verbandszweck soll vornehmlich erreicht werden durch
 - a) Einflussnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung,
 - b) Betreuung des in § 3 Ziffer 1 und 2 der Satzungen des Landesverbandes und der Ortsverbände genannten Personenkreises in versorgungs-, fürsorge-, sozialversicherungs-, behinderten-, sozialhilfe- und in anderen sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in der Altenhilfe und Altenarbeit,
 - c) Förderung des behinderten- und altengerechten Wohn- und Siedlungswesens,
 - d) Förderung des Behindertensports,
 - e) Patientenberatung,
 - f) Förderung der Rehabilitation,
 - g) kulturelle Betreuung,
 - h) Förderung der Jugendarbeit.
5. Der VdK hält es für seine Pflicht, durch Aufklärung seiner Mitglieder und der Öffentlichkeit sowie durch Ausdehnung und Ausbau internationaler Beziehungen gegen die Vorbereitung und die Entfaltung neuer Kriege Stellung zu nehmen, alle Bemühungen zur Sicherung des Friedens zu unterstützen und für die Schaffung eines vereinten Europas einzutreten.
6. Der VdK fördert das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen.

§ 3 Mitgliedschaft

Mitglieder des Bezirksverbandes sind alle die Mitglieder des Landesverbandes, die Mitglieder eines der zum Bezirksverband gehörenden Kreis- und Ortsverbandes sind.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft im Bezirksverband endet mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Landesverband.
2. Die Mitgliedschaft im Bezirksverband endet auch mit Übernahme des Mitglieds durch einen anderen Bezirksverband.

§ 5 Beiträge

1. Der Mitgliedsbeitrag bestimmt sich nach § 8 der Landesverbandssatzung.
2. Vom monatlichen Gesamtmitgliedsbeitrag erhält der Bezirksverband für jedes Mitglied Euro 1,00, für Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft und Kinder (Schüler, Auszubildende und Studenten) die Hälfte bzw. ein Viertel, ebenso wie für die Mitglieder, die bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres nur die Hälfte des Regelbeitrages entrichten.

Vom jährlichen Gesamtbeitrag erhält der Bezirksverband für jedes Mitglied Euro 12,00, für Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft und Kinder (Schüler, Auszubildende und Studenten) die Hälfte bzw. ein Viertel, ebenso wie für die Mitglieder, die bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres nur die Hälfte des Regelbeitrages entrichten.

3. Der Beitragsanteil, den der Bezirksverband für außerordentliche Mitglieder erhält, wird vom Landesverbandsvorstand bestimmt.

§ 6 Gliederung des Bezirksverbandes

1. Der Bezirksverband gliedert sich in Kreis- und Ortsverbände.
2. Der Bezirksverbandsvorstand regelt Änderungen im Gebietsumfang der ihm zugeordneten Kreisverbände. Ist die Erhaltung des selbstständigen Kreisverbandes nicht möglich oder beträgt der Mitgliederbestand des Kreisverbandes weniger als 1.200 Mitglieder, dann kann ein Anschluss an einen benachbarten Kreisverband des Bezirksverbandes erfolgen.
3. Werden davon mehrere Bezirksverbände berührt, obliegt die Regelung dem Landesverbandsvorstand.

§ 7 Bezirksverbandsvorstand

1. Für jeden Bezirksverband besteht ein Vorstand. Er besteht aus

- a) dem Bezirksverbandsvorsitzenden,
- b) dessen Stellvertreter,
- c) dem Schatzmeister,
- d) dem Schriftführer,
- e) einer Frauenvertreterin,
- f) zwei Beisitzern.

Mindestens ein Mitglied des Bezirksverbandsvorstandes muss dem Personenkreis der jüngeren Mitglieder angehören.

2. Der Bezirksverbandsvorstand wird von der aus Anlass des Landesverbandstages stattfindenden Bezirksverbandskonferenz und den weiteren stimmberechtigten Teilnehmern des Landesverbandstages aus dem Bezirksverband für die Zeit bis zum darauf folgenden Landesverbandstag gewählt. Das Amt endet unabhängig hiervon mit dem Ausscheiden aus dem VdK. Der Vorstand kann für ein ausgeschiedenes Mitglied bis zur nächsten möglichen Ersatzwahl ein neues Mitglied selbst berufen.
3. Der Bezirksverbandsvorstand bestellt im Einvernehmen mit dem Landesverbandsvorstand einen hauptamtlichen Bezirksverbandsgeschäftsführer, der dem Bezirksverbandsvorstand mit beratender Stimme angehört.
4. Der Bezirksverbandsvorstand vertritt den Bezirksverband im Rahmen der ihm durch Satzung und Geschäftsordnung zugewiesenen Aufgaben, er festigt die Organisation und baut sie innerhalb seines Bereiches aus, er unterstützt und berät die Orts- und Kreisverbände und fördert die Ziele des VdK.

§ 8

Bezirksverbandskonferenz

1. Die Bezirksverbandskonferenz besteht aus
 - a) dem Bezirksverbandsvorstand,
 - b) den Kreisverbandsvorsitzenden des Bezirksverbandes,
 - c) den Bezirksverbandsobleuten der Rentner, der Behinderten sowie der Schwerbehinderten-Vertrauenspersonen,
 - d) den dem Bezirksverband angehörenden Mitgliedern des Beschwerde- und Schlichtungsausschusses und dem Revisor,
 - e) den weiteren Delegierten der großen Kreisverbände.

2. Große Kreisverbände, das sind Kreisverbände mit mehr als 3.500 Mitgliedern, erhalten für jeweils weitere angefangene 3.500 Mitglieder einen weiteren Delegierten.
3. Ist ein Kreisverbandsvorsitzender gleichzeitig Mitglied eines Gremiums nach Buchstaben a), c), d), oder ist er an der Teilnahme verhindert, so tritt an seine Stelle sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Kreisverbandsvorstandes.
4. Die Bezirksverbandskonferenz tritt zusammen
 - a) zur Behandlung grundsätzlicher, den Bezirksverband betreffender Angelegenheiten und zur Vorbereitung des Landesverbandstages,
 - b) zur Wahl der Bezirksverbandsobleute nach Ziffer 1 Buchstabe c),
 - c) zur Vornahme von Ersatzwahlen nach § 7 zwischen zwei Landesverbandstagen,
 - d) jährlich zur Beschlussfassung über Geschäftsbericht und Jahresrechnung sowie den von einem Revisor zu erstattenden Revisionsbericht,
 - e) zur Entlastung des Bezirksverbandsvorstandes.

Die Einberufung der Bezirksverbandskonferenz kann jederzeit auf Beschluss des Bezirksverbandsvorstandes erfolgen. Sie muss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel seiner Mitglieder dies verlangt. Termin und Ort sind unter Übermittlung der Tagesordnung 4 Wochen vor Stattfinden an die Kreisverbände schriftlich bekannt zu geben.

5. Bei Abstimmung über die Entlastung sind nur die unter Ziffer 1 Buchstabe b) bis e) Genannten stimmberechtigt.

§ 9 Organe

Bezirksverbandsvorstand und Bezirksverbandskonferenz sind Organe des Landesverbandes.

§ 10 Der Revisor

1. Der Bezirksverband wählt durch die aus Anlass des Landesverbandstages stattfindende Bezirksverbandskonferenz einen Revisor. Die Wahl ist durch den Landesverbandstag zu bestätigen. Der Revisor ist in dieser

Eigenschaft vom Bezirksverbandsvorstand unabhängig und nur der Bezirksverbandskonferenz verantwortlich.

2. Das Amt des Revisors endet mit seinem Ausscheiden aus dem VdK. Der Bezirksverbandsvorstand kann bis zur nächsten Wahlmöglichkeit einen Ersatzrevisor berufen.
3. Revisionen der Bezirksverbandskasse finden mindestens jährlich statt. Der Revisor ist in begründeten Fällen berechtigt, die Bezirksverbandskasse und die Kassen der nachgeordneten Verbandsstufen unvermutet zu prüfen. Über den Grund der unvermuteten Prüfung ist der Bezirksverband vor der Revision in Kenntnis zu setzen. Ein Auftrag zur Kassenprüfung des Bezirksverbandes und der nachgeordneten Verbandsstufen kann durch den Bezirksverband erfolgen. Über das Ergebnis ist dem Bezirksverbandsvorstand und dem Landesverbandsvorstand zu berichten.

§ 11

Rechtsverhältnisse und Geldwesen

1. Der Bezirksverbandsvorstand verwaltet die dem Bezirksverband zustehenden Beitragsanteile und Rücklagen. Er ist verpflichtet, die den übergeordneten Verbandsstufen zustehenden Beitragsanteile, die weder angegriffen noch zurückgehalten werden dürfen, entsprechend den Weisungen dieser Verbandsstufen unverzüglich weiterzuleiten.
2. Der Bezirksverband bedarf zur wirksamen Begründung von Verbindlichkeiten, die über die ihm satzungsgemäß zugewiesenen Aufgaben und die zur Verfügung stehenden Mittel hinausgehen, der Genehmigung des Landesverbandes. Soweit solche genehmigungsbedürftigen Verbindlichkeiten ohne die Genehmigung des Landesverbandes eingegangen werden, haftet der Landesverband hierfür nicht. Er haftet auch nicht für die Einstellungen von Angestellten von Verbandsstufen, soweit es sich nicht um Angestellte des Landesverbandes handelt.
3. Bei Rechtsgeschäften, die den Bezirksverband vermögensrechtlich verpflichten, sind die Unterschriften des Vorsitzenden oder des Stellvertreters und des Schatzmeisters erforderlich.

4. Der Bezirksverband ist befugt, unvermutete Kassenprüfungen bei den nachgeordneten Verbandsstufen durchzuführen.
5. Der Bezirksverband ist berechtigt, eine außerordentliche Versammlung eines satzungsgemäßen Organs einer nachgeordneten Verbandsstufe einzuberufen, wenn das Verbandsinteresse dies erfordert.

§ 12

Einrichtungen, Sondervermögen und Rücklagen

Die Verwaltung und die Bestimmungen über die Nutznießung an Sondervermögen, Einrichtungen und Rücklagen des Bezirksverbandes übt der Bezirksverbandsvorstand aus.

§ 13

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

1. Bezirksverbandsvorstand und Bezirksverbandskonferenz sind nur dann beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind.
2. Beschlüsse bedürfen, sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, der einfachen Mehrheit der Abstimmenden. Stimmenthaltung wird nicht gewertet.
3. Abstimmungen sind offen. Geheime Abstimmung muss vorgenommen werden, wenn es ein Drittel der Abstimmungsberechtigten verlangt.
4. Wahlen finden offen nur dann statt, wenn sich kein Widerspruch erhebt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt.
5. Soweit Beschlüsse des Bezirksverbandes gegen solche übergeordneter Gremien verstoßen, sind sie nichtig.
6. Über Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Vorsitzenden und dem Schriftführer oder einem anderen Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

§ 14

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 15 **Auflösung**

1. Die Auflösung eines Bezirksverbandes kann nur durch eine Bezirksverbandskonferenz erfolgen. Die Einberufung kann ordentlich oder zu dem Zwecke der Auflösung vorgenommen werden. Voraussetzung der Auflösung ist ein entsprechend begründeter Antrag mit einer Stellungnahme des Bezirksverbandsvorstandes, der von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer gebilligt wird. Die beabsichtigte Auflösung ist dem Landesverband mindestens ein Monat vor dem Termin der Bezirksverbandskonferenz mit entsprechender Begründung mitzuteilen. Der Landesverbandsvorstand hat sich zu der beabsichtigten Auflösung zu äußern. Diese Stellungnahme ist den Teilnehmern der Bezirksverbandskonferenz zur Abstimmung mit vorzulegen. Die Auflösung ist unwirksam, wenn nicht satzungsgemäß verfahren worden ist oder der Landesverbandsvorstand der Auflösung nicht zustimmt.

2. Bei Auflösung des Bezirksverbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das gesamte Vermögen des Bezirksverbandes nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten an den VdK Landesverband Baden-Württemberg e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 16 **Inkrafttreten der Satzung**

Die vorliegende Satzung wurde am 21. September 2012 durch den 16. Ordentlichen Landesverbandstag beschlossen und durch die Landesverbandskonferenz am 28. Juli 2015 mit Wirkung zum 1. Januar 2016 geändert. Sie wurde für die in der Anlage aufgeführten Bezirksverbände für verbindlich erklärt.

Anlage
zur Satzung der
Bezirksverbände des Sozialverbandes VdK
Baden-Württemberg e.V.

Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Bezirksverband Nordbaden
Rohrbacher Str. 53
69155 Heidelberg

Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Bezirksverband Südbaden
Bertoldstr. 44
79098 Freiburg

Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Bezirksverband Nordwürttemberg
Johannesstr. 22
70176 Stuttgart

Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Bezirksverband Südwürttemberg-Hohenzollern
Eugenstr. 68
72072 Tübingen

Satzung der Kreisverbände

§ 1

Name und Sitz

Der Kreisverband ist eine nachgeordnete Verbandsstufe des VdK Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. und führt den Namen Sozialverband VdK Baden-Württemberg, Kreisverband Sitz

Die Eintragung in das Vereinsregister ist unzulässig.

§ 2

Wesen und Zweck

1. Der Kreisverband ist parteipolitisch und konfessionell neutral. Er bekennt sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat.
2. Der Kreisverband ist eine Sozial- und Arbeitnehmerorganisation und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für den in § 3 Ziff. 1 a–j und Ziff. 2 der Satzung des Landesverbandes und der Ortsverbände genannten Personenkreises. Der Kreisverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Der Kreisverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Öffentlichkeit auf Kreisverbandsebene. Er unterhält die dazu notwendigen Einrichtungen in eigener Verwaltung, soweit nicht die Zuständigkeit einer anderen Verbandsstufe gegeben ist.

3. Mittel des Kreisverbandes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Zuwendungen an die Mitglieder des VdK sind nur zulässig, wenn und soweit sie durch die Bestimmungen dieser Satzung geregelt sind. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des VdK. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des VdK fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegen Zahlung einer für das Ehrenamt angemessenen Vergütung ausgeübt werden.

4. Der Verbandszweck soll vornehmlich erreicht werden durch
 - a) Einflussnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung,
 - b) Betreuung des in § 3 Ziffer 1. und 2. der Satzungen des Landesverbands und der Ortsverbände genannten Personenkreises in versorgungs-, fürsorge-, sozialversicherungs-, behinderten-, sozialhilfe- und in anderen sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in der Altenhilfe und Altenarbeit,
 - c) Förderung des behinderten- und altengerechten Wohn- und Siedlungswesens,
 - d) Förderung des Behindertensports,
 - e) Patientenberatung,
 - f) Förderung der Rehabilitation,
 - g) kulturelle Betreuung,
 - h) Förderung der Jugendarbeit.
5. Der VdK hält es für seine Pflicht, durch Aufklärung seiner Mitglieder und der Öffentlichkeit sowie durch Ausdehnung und Ausbau internationaler Beziehungen gegen die Vorbereitung und die Entfaltung neuer Kriege Stellung zu nehmen, alle Bemühungen zur Sicherung des Friedens zu unterstützen und für die Schaffung eines vereinten Europas einzutreten.
6. Der VdK fördert das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen.

§ 3 Mitgliedschaft

Mitglieder des Kreisverbandes sind alle die Mitglieder des Landesverbandes, die Mitglied eines zum Kreisverband gehörenden Ortsverbandes sind.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft im Kreisverband endet mit der Beendigung der Mitgliedschaft beim Landesverband.
2. Die Mitgliedschaft im Kreisverband endet auch mit Übernahme des Mitglieds durch einen anderen Kreisverband.

§ 5 Beiträge

1. Der Mitgliedsbeitrag bestimmt sich nach § 8 der Landesverbandssatzung.
2. Vom monatlichen Gesamtmitgliedsbeitrag erhalten der Kreis- und Ortsverband zusammen für jedes Mitglied Euro 1,30, für Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft und Kinder (Schüler, Auszubildende und Studenten) die Hälfte bzw. ein Viertel, ebenso wie für die Mitglieder, die bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres nur die Hälfte des Regelbeitrages entrichten.

Vom jährlichen Gesamtmitgliedsbeitrag erhalten der Kreis- und Ortsverband zusammen für jedes Mitglied Euro 15,60, für Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft und Kinder (Schüler, Auszubildende und Studenten) die Hälfte bzw. ein Viertel, ebenso wie für die Mitglieder, die bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres nur die Hälfte des Regelbeitrages entrichten.

3. Die Aufteilung auf Kreis- und Ortsverband bleibt dem Kreisverbandstag oder der Kreisverbandskonferenz überlassen.
4. Der Beitrag für außerordentliche Mitglieder wird von Fall zu Fall vereinbart. Der Landesverbandsvorstand erlässt hierzu Richtlinien.

§ 6 Gliederung des Kreisverbandes

1. Der Kreisverband gliedert sich in Ortsverbände.
2. Der Kreisverbandsvorstand regelt Änderungen im Gebietsumfang der ihm zugeordneten Ortsverbände.
3. Werden davon mehrere Kreisverbände berührt, obliegt die Regelung dem Bezirksverbandsvorstand. Werden davon mehrere Bezirksverbände berührt, obliegt die Regelung dem Landesverbandsvorstand.
4. Im Bedarfsfall können mehrere Gemeinden zu einem Ortsverband zusammengefasst werden. In größeren Städten und Verwaltungsgebieten können mehrere Ortsverbände bestehen. Bei einer Mitgliederzahl von über 400 kann der Ortsverband geteilt werden.

Ist die Erhaltung des selbstständigen Ortsverbandes nicht möglich oder sinkt der Mitgliederstand des Ortsverbandes auf weniger als 20 Mitglieder, dann kann ein Anschluss an den nächstgelegenen Ortsverband des Kreisverbandes erfolgen.

§ 7

Der Kreisverbandsvorstand

1. Der Kreisverbandsvorstand besteht aus mindestens 5 Mitgliedern, und zwar
 - a) dem Kreisverbandsvorsitzenden,
 - b) dessen Stellvertreter,
 - c) dem Kassier,
 - d) dem Schriftführer,
 - e) der Frauenvertreterin.

Diese bilden den Geschäftsführenden Kreisverbandsvorstand. Seine Beschlüsse – die dem Kreisverbandsvorstand zur Kenntnis zu bringen sind – bleiben bindend, sofern sie nicht vom Kreisverbandsvorstand in seiner nächsten Sitzung abgeändert werden.

- f) den Kreisverbandsobleuten der Rentner, der Behinderten und den Schwerbehinderten-Vertrauenspersonen.
- g) den übrigen Beisitzern.

Mindestens ein Mitglied des Kreisverbandsvorstandes muss dem Personenkreis der jüngeren Mitglieder angehören. Die Amtszeit des Kreisverbandsvorstandes beginnt mit der Wahl auf einem Ordentlichen Kreisverbandstag und dauert bis zur Neuwahl auf dem nächsten Kreisverbandstag. Das Amt eines Mitglieds des Kreisverbandsvorstandes endet unabhängig hiervon mit seinem Ausscheiden aus dem VdK. Der Vorstand kann für ein ausgeschiedenes Mitglied bis zur nächstmöglichen Ersatzwahl ein neues Mitglied selbst berufen.

2. Die Frauen, die Rentner, die Behinderten sollen im Kreisverbandsvorstand vertreten sein.

Um die Beratung und Betreuung von Behinderten in den Betrieben zu gewährleisten, kann auch eine Schwerbehinderten-Vertrauensperson Sitz und Stimme im Kreisverbandsvorstand haben.

3. Der Kreisverbandsvorstand hat im Auftrag des Landesverbands- und des Bezirksverbandsvorstandes die Werbung und Betreuung im Bereich des Kreisverbandes

durchzuführen, die Interessen des VdK entsprechend der Satzung gegenüber den Kreisbehörden wahrzunehmen sowie die Tätigkeit der Ortsverbände zu unterstützen und zu überwachen. Dazu gehört auch das Recht der Kreisverbandsvorstandsmitglieder zur Teilnahme an jeder Hauptversammlung und Mitgliederversammlung der Ortsverbände mit Rederecht teilzunehmen.

4. Der Kreisverbandsvorstand kann eine ehren-/hauptamtlichen Kreisverbandsgeschäftsführer bestellen, der dem Kreisverbandsvorstand mit beratender Stimme angehört.

§ 8 Die Revisoren

1. Die 2 Kreisverbandsrevisoren werden für die Zeit bis zum nächsten Kreisverbandstag gewählt. Sie sind in dieser Eigenschaft vom Kreisverbandsvorstand unabhängig und nur der Kreisverbandskonferenz und dem Kreisverbandstag verantwortlich.
2. Das Amt des Revisors endet mit seinem Ausscheiden aus dem VdK. Der Kreisverbandsvorstand kann bis zur nächsten Wahlmöglichkeit einen Ersatzrevisor berufen.
3. Revisionen der Kreisverbandskasse finden mindestens einmal jährlich statt. Die Revisoren sind in begründeten Fällen berechtigt, die Kasse des Kreisverbandes und die Kassen der Ortsverbände des Kreisverbandes unvermutet zu prüfen. Über den Grund der unvermuteten Prüfung ist der Kreisverband vor der Revision in Kenntnis zu setzen. Ein Auftrag zur Kassenprüfung des Kreisverbandes und der Ortsverbände des Kreisverbandes kann auch durch den Kreisverband erfolgen.
4. Über das Ergebnis ist dem Kreisverbandsvorstand schriftlich zu berichten.

§ 9 Kreisverbandskonferenz

1. Die Kreisverbandskonferenz besteht aus
 - a) dem Kreisverbandsvorstand,
 - b) den Ortsverbandsvorsitzenden. Ist der Ortsverbandsvorsitzende verhindert oder ist er gleichzeitig Mitglied des Kreisverbandsvorstandes oder Revisor, so tritt an dessen Stelle sein Stellvertreter oder ein an-

deres Mitglied des Ortsverbandsvorstandes.
c) den Kreisverbandsrevisoren.

2. Der Kreisverbandsvorstand kann jederzeit die Kreisverbandskonferenz zur Beratung wichtiger Organisationsfragen und zu den nach den §§ 7 und 10 erforderlichen Ersatzwahlen einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies verlangt.
3. Die Beschlüsse der Kreisverbandskonferenz sind für die Mitglieder solange bindend, bis sie der Kreisverbandstag außer Kraft setzt.
4. In Geschäftsjahren, in welchen kein Kreisverbandstag stattfindet, muss eine Kreisverbandskonferenz abgehalten werden, auf der der Geschäfts-, der Kassen- und der Revisionsbericht zu erstatten sind. Außerdem ist über die Entlastung des Kreisverbandsvorstandes Beschluss zu fassen. Bei der Abstimmung über die Entlastung sind nur die unter Ziff. 1. Buchstabe b) und c) Genannten stimmberechtigt.

§ 10 Kreisverbandstag

1. Alle 4 Jahre findet ein ordentlicher Kreisverbandstag statt. Termin und Ort sind vier Wochen vor Stattfinden unter Übermittlung der Tagesordnung an die Ortsverbände schriftlich bekannt zu geben.
2. An den Kreisverbandstagen nehmen stimmberechtigt teil
 - a) der Kreisverbandsvorstand,
 - b) die Kreisverbandsrevisoren,
 - c) die Ortsverbandsvorsitzenden oder ihre Stellvertreter als Delegierte,
 - d) die weiteren Delegierten der Ortsverbände.
3.
 - a) Zum Kreisverbandstag entsendet jeder Ortsverband den Ortsverbandsvorsitzende. Ist der Ortsverbandsvorsitzende verhindert oder ist er gleichzeitig Mitglied des Kreisverbandsvorstandes oder Revisor, so tritt an dessen Stelle sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Ortsverbandsvorstandes.
 - b) Darüber hinaus entsenden Ortsverbände mit mehr als 50 Mitgliedern für jeweils weitere angefangene 100 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

- c) In Kreisverbänden mit über 10.000 Mitgliedern entsenden Ortsverbände mit mehr als 100 Mitgliedern neben dem Vorsitzenden für jeweils weitere angefangene 100 Mitglieder einen weiteren Delegierten.
4. Ortsverbände mit mehr als einem Delegierten müssen eine Frauenvertreterin als Delegierte entsenden. Die Rentner, die Behinderten und die Schwerbehinderten-Vertrauenspersonen sollen bei der Wahl der Delegierten entsprechend berücksichtigt werden.
 5. Der Kreisverbandsvorstand kann jederzeit einen außerordentlichen Kreisverbandstag einberufen, wenn das Verbandsinteresse dies erfordert. Er muss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verbandstages dies verlangt.
 6. Dem Kreisverbandstag obliegt
 - a) die Entgegennahme des Geschäfts-, des Kassen- und des Revisionsberichts für die abgelaufenen Geschäftsjahre,
 - b) die Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes,
 - c) die Wahl des Kreisverbandsvorstandes und der 2 Revisoren sowie der Delegierten und ihrer Ersatzleute zum Landesverbandstag,
 - d) die Behandlung der eingegangenen Anträge.
 7. Bei der Abstimmung über die Entlastung sind nur die unter Ziffer 2. Buchstabe b) bis d) Genannten stimmberechtigt.

§ 11 Organe

Kreisverbandsvorstand, Kreisverbandskonferenz und Kreisverbandstag sind zugleich Organe des Landesverbandes.

§ 12 Rechtsverhältnisse und Geldwesen

1. Der Kreisverbandsvorstand verwaltet die dem Kreisverband zustehenden Beitragsanteile und Rücklagen. Er ist verpflichtet, die den übergeordneten Verbandsstufen zustehenden Beitragsanteile, die weder angegriffen noch zurückgehalten werden dürfen, entsprechend den Weisungen dieser Verbandsstufen unverzüglich weiterzuleiten.

2. Der Kreisverband bedarf zur wirksamen Begründung von Verbindlichkeiten, die über die ihm satzungsgemäß zugewiesenen Aufgaben und die zur Verfügung stehenden Mittel hinausgehen, der Genehmigung des Landesverbandes. Soweit solche genehmigungsbedürftigen Verbindlichkeiten ohne die Genehmigung des Landesverbandes eingegangen werden, haftet der Landesverband hierfür nicht. Er haftet auch nicht für die Einstellung von Angestellten bei Verbandsstufen, soweit es sich nicht um Angestellte des Landesverbandes handelt.
3. Bei Rechtsgeschäften, die den Kreisverband vermögensrechtlich verpflichten, sind die Unterschriften des Vorsitzenden oder des Stellvertreters und des Kassiers erforderlich. Für Barabhebungen vom Konto der Verbandsstufe mittels EC-Karte bzw. für „Home Banking“ gelten die Vorgaben der Anwendungsrichtlinie „Rechtsverhältnisse und Geldwesen“ des Landesverbandsvorstandes in der jeweils gültigen Fassung.
4. Der Kreisverband ist berechtigt, eine außerordentliche Versammlung eines satzungsgemäßen Organs eines Ortsverbandes einzuberufen, wenn das Verbandsinteresse dies erfordert.
5. Ist ein handlungsfähiger Ortsverbandsvorstand nicht vorhanden, ist der Kreisverbandsvorstand berechtigt, den Ortsverband und das Ortsverbandskonto treuhänderisch zu führen.

§ 13

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

1. Kreisverbandsvorstand, Kreisverbandskonferenz und Kreisverbandstag sind nur dann beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind.
2. Beschlüsse bedürfen, sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, der einfachen Mehrheit der Abstimmenden. Stimmenthaltung wird nicht gewertet.
3. Abstimmungen sind offen. Geheime Abstimmung muss vorgenommen werden, wenn es ein Drittel der Abstimmungsberechtigten verlangt.
4. Wahlen finden offen nur dann statt, wenn sich kein Widerspruch erhebt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt.

5. Soweit Beschlüsse des Kreisverbandes gegen solche übergeordneten Gremien verstoßen, sind sie nichtig.
6. Über Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Vorsitzenden und dem Schriftführer oder einem anderen Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

§ 14 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 15 Zusammenlegung, Wechsel zu einem anderen Bezirksverband und Auflösung

1. Die Zusammenlegung mit einem anderen Kreisverband, der Wechsel zu einem anderen Bezirksverband oder die Auflösung eines Kreisverbandes können nur durch einen Kreisverbandstag beschlossen werden, zu welchem sämtliche stimmberechtigten Teilnehmer schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen werden müssen. Die beabsichtigte Maßnahme muss aus der Tagesordnung hervorgehen.
2. Bei Zusammenlegung mit einem anderen Kreisverband sind dieser und der Bezirksverband, bei Wechsel zu einem anderen Bezirksverband der bisherige und der künftige Bezirksverband mindestens einen Monat vor dem Kreisverbandstag über die beabsichtigte Maßnahme zu unterrichten. Die Vorstände der unterrichteten Verbandsstufen geben eine Stellungnahme dazu ab, die den Teilnehmern des Kreisverbandstages zur Abstimmung mit vorzulegen ist.
3. Eine beabsichtigte Auflösung ist dem Bezirksverband mindestens einen Monat vor dem Termin des Kreisverbandstages mit entsprechender Begründung mitzuteilen. Der Bezirksverbandsvorstand hat sich zu der beabsichtigten Auflösung zu äußern. Voraussetzung der Auflösung ist, dass ein entsprechend begründeter Antrag mit einer Stellungnahme des Kreisverbandsvorstandes und der Äußerung des Bezirksverbandsvorstandes den Teilnehmern des Kreisverbandstages zur Abstimmung vorgelegt wird.

4. Der Beschluss über die beabsichtigte Maßnahme ist wirksam, wenn er von mindestens drei Vierteln der Teilnehmer gebilligt wird. Über den Verlauf des Kreisverbandstages ist ein Protokoll zu fertigen und dem Bezirksverbandsvorstand anschließend vorzulegen. Die Beschlüsse sind ungültig, wenn nicht satzungsgemäß verfahren worden ist. Bei Bewilligung durch den Kreisverbandstag ist die Zustimmung des beteiligten Bezirksverbandsvorstandes erforderlich. Sind mehrere Bezirksverbände beteiligt, ist die Zuständigkeit des Landesverbandsvorstandes gegeben.
5. Bei Zusammenlegung von Kreisverbänden geht das vorhandene Vermögen auf den neuen Kreisverband über. Sofern ein bisheriger Kreisverband sich aufteilt und sich die Ortsverbände verschiedenen Kreisverbänden anschließen, wird das Vermögen entsprechend den Anteilen der Mitgliederzahlen auf die neuen Kreisverbände aufgeteilt.
6. Bei Auflösung des Kreisverbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das gesamte Vermögen des Kreisverbandes nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten an den zuständigen Bezirksverband, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 16 Inkrafttreten der Satzung

Die vorliegende Satzung wurde am 21. September 2012 durch den 16. Ordentlichen Landesverbandstag beschlossen und durch die Landesverbandskonferenz am 28. Juli 2015 mit Wirkung zum 1. Januar 2016 geändert. Sie wurde für die in der Anlage aufgeführten Kreisverbände für verbindlich erklärt.

Anlage
zur Satzung der Kreisverbände
des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg e.V.

Sozialverband VdK Baden-Württemberg –
Bezirksverband Nordbaden
Kreisverbände

Bruchsal	Mannheim	Rastatt
Heidelberg	Neckar-Odenwald	Tauberbischofsheim
Karlsruhe	Pforzheim-Enzkreis	

Sozialverband VdK Baden-Württemberg –
Bezirksverband Südbaden
Kreisverbände

Baden-Baden/Bühl	Lahr	Überlingen
Donaueschingen	Lörrach	Villingen
Emmendingen	Offenburg	Waldshut
Freiburg/Brsg-Hochschw.	Stockach	
Kehl		
Konstanz		

Sozialverband VdK Baden-Württemberg –
Bezirksverband Nordwürttemberg
Kreisverbände

Aalen	Heidenheim	Nürtingen
Backnang	Heilbronn	Öhringen
Böblingen	Künzelsau	Schwäbisch Gmünd
Crailsheim	Leonberg	Schwäbisch Hall
Esslingen	Ludwigsburg	Stuttgart
Göppingen	Mergentheim	Ulm
Waiblingen		

Sozialverband VdK Baden-Württemberg –
Bezirksverband Südwürttemberg-Hohenzollern
Kreisverbände

Biberach	Ravensburg	Tett nang
Calw	Reutlingen	Tübingen
Ehingen	Rottweil	Tuttlingen
Freudenstadt	Sigmaringen	Zollernalb

Satzung der Ortsverbände

§ 1 Name und Sitz

Der Ortsverband ist eine nachgeordnete Verbandsstufe des VdK Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. und führt den Namen Sozialverband VdK Baden-Württemberg, Ortsverband Sitz

Die Eintragung in das Vereinsregister ist unzulässig.

§ 2 Wesen und Zweck

1. Der Ortsverband ist parteipolitisch und konfessionell neutral. Er bekennt sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat.
2. Der Ortsverband ist eine Sozial- und Arbeitnehmerorganisation und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für den in § 3 Ziff. 1 a–j und Ziff. 2 genannten Personenkreis. Der Ortsverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Der Ortsverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Öffentlichkeit auf Ortsverbandsebene. Er unterhält die dazu notwendigen Einrichtungen in eigener Verwaltung, soweit nicht die Zuständigkeit einer übergeordneten Verbandsstufe gegeben ist.

3. Mittel des Ortsverbandes dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Zuwendungen an die Mitglieder des VdK sind nur zulässig, wenn und soweit sie durch die Bestimmungen dieser Satzung geregelt sind. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des VdK. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des VdK fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegen Zahlung einer für das Ehrenamt angemessenen Vergütung ausgeübt werden.

4. Der Verbandszweck soll vornehmlich erreicht werden durch
 - a) Einflussnahme auf Gesetzgebung und Verwaltung,
 - b) Betreuung des in § 3 Ziffer 1. und 2. genannten Personenkreises in versorgungs-, fürsorge-, sozialversicherungs-, behinderten-, sozialhilfe- und in anderen sozial-rechtlichen Angelegenheiten sowie in der Altenhilfe und Altenarbeit,
 - c) Förderung des behinderten- und altengerechten Wohn- und Siedlungswesens,
 - d) Förderung des Behindertensports,
 - e) Patientenberatung,
 - f) Förderung der Rehabilitation,
 - g) Kulturelle Betreuung,
 - h) Förderung der Jugendarbeit,
 - i) Förderung der VdK Stiftung Baden-Württemberg.
5. Der VdK hält es für seine Pflicht, durch Aufklärung seiner Mitglieder und der Öffentlichkeit sowie durch Ausdehnung und Ausbau internationaler Beziehungen gegen die Vorbereitung und die Entfachung neuer Kriege Stellung zu nehmen, alle Bemühungen zur Sicherung des Friedens zu unterstützen und für die Schaffung eines vereinten Europas einzutreten.
6. Der VdK fördert das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Als Mitglied können aufgenommen werden
 - a) Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene, Kriegshinterbliebene und Angehörige von Vermissten,
 - b) Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer von Gewalt sowie Berechtigte nach Gesetzen, auf die das Bundesversorgungsgesetz entsprechende Anwendung findet, und deren Hinterbliebene,
 - c) Rentnerinnen und Rentner sowie Empfänger von Versorgungsbezügen,
 - d) Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, Patienten,
 - e) Unfallverletzte,
 - f) Personen, die durch Umweltschäden gesundheitlich beeinträchtigt sind,
 - g) die Hinterbliebenen der in Buchstaben c) bis f) aufgeführten Gruppen,
 - h) jede Vollwaise von Hinterbliebenen im Sinne der Buchstaben a) bis g),

- i) die Angehörigen der in den Buchstaben a) bis g) genannten Personengruppen einschließlich der Ehegatten und außerdem Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft,
 - j) Sozialversicherte, Versorgungsberechtigte.
2. Andere Personen und deren Ehegatten sowie Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft können als fördernde Mitglieder aufgenommen werden, wenn sie gewillt sind, den Landesverband in seinen Zielen und Bestrebungen zu fördern und zu unterstützen.
 3. Außerordentliche Mitglieder können Organisationen, Vereine und Körperschaften des privaten oder öffentlichen Rechts werden, die den Landesverband in seinen Zielen und Bestrebungen zu fördern und zu unterstützen bereit sind.
 4. Die Mitglieder von Organisationen, Vereinen und Körperschaften des privaten Rechts nach Ziffer 3 können als Mitglieder aufgenommen werden, wenn dies vom außerordentlichen Mitglied beantragt und eine Vereinbarung über die Rechte und Pflichten dieser Mitglieder zwischen dem außerordentlichen Mitglied und dem Landesverband getroffen wird.
 5. Auf Antrag der Ortsverbände können durch die Bezirksverbandsvorstände ernannt werden
 - a) Mitglieder, die sich um den Aufbau und die Ziele des VdK besondere Verdienste erworben haben, zu Ehrenvorsitzenden oder zu Ehrenmitgliedern,
 - b) sonstige Personen, die den VdK in seinen Zielen besonders gefördert haben, zu Ehrenmitgliedern.

Näheres wird durch Richtlinien des Landesverbandsvorstandes bestimmt.

§ 4 **Beginn der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft im VdK wird durch eine schriftliche Beitrittserklärung auf Ortsverbandsebene erworben.
2. Die Mitgliedschaft wird in der Regel in dem Ortsverband begründet, in dessen Bereich sich der Wohnsitz des Mitgliedes befindet. An Orten, in denen sich kein Ortsverband befindet, wird die Mitgliedschaft durch den zuständigen Kreisverbandsvorstand geregelt.

3. Außerordentliche Mitglieder werden durch den Landesverbandsvorstand aufgenommen.
4. Die Aufnahme eines Mitgliedes kann vom Ortsverbandsvorstand abgelehnt werden, wenn sie dem Verbandsinteresse entgegensteht.
5. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft im Ortsverband wird gleichzeitig die Mitgliedschaft im VdK Landesverband Baden-Württemberg e.V. und seinen Verbandsstufen sowie die Mitgliedschaft im VdK Deutschland erworben.

§ 5

Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft im VdK endet durch Tod, durch eine schriftliche, an den Vorstand des Ortsverbandes oder einer übergeordneten Verbandsstufe gerichtete Austrittserklärung oder durch Ausschluss.

Sie endet auch dann, wenn ein Mitglied mit mindestens einem Jahresbeitrag trotz schriftlicher Mahnung mit seiner Beitragszahlung im Rückstand geblieben ist.

2. Der freiwillige Austritt kann frühestens ein Jahr nach Erwerb der Mitgliedschaft erklärt werden. Für Mitglieder und außerordentliche Mitglieder ist dies nur zum Schluss des Kalenderjahres unter Einhaltung einer vierjährlichen Kündigungsfrist möglich.
3. Bei einem Wechsel zu einem anderen Ortsverband findet ein Beitragsausgleich nicht statt.
4. Die Mitgliedschaft im Ortsverband endet auch mit Übernahme des Mitglieds durch einen anderen Landesverband.
5. Bereits bezahlte Mitgliedsbeiträge werden nicht erstattet.

§ 6

Ausschluss

1. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden:
bei verbandsschädigendem Verhalten, Zuwiderhandlungen gegen die Interessen des VdK, Verurteilung wegen ehrenrühriger Handlung oder wenn das Mitglied den Zielen und Satzungen des VdK bewusst entgegenarbeitet

oder wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Voraussetzungen für den Erwerb der Mitgliedschaft nicht vorlagen.

2. Zur Stellung eines Ausschlussantrages ist jedes Mitglied des VdK berechtigt.

Der Ausschlussantrag ist beim Ortsverbandsvorstand des betroffenen Mitgliedes einzureichen, der diesen mit einer Stellungnahme an den Kreisverbandsvorstand weiterleitet. Dieser entscheidet über den Antrag. Ausschlussanträge gegen Mitglieder eines Ortsverbandsvorstandes sind beim Kreisverbandsvorstand einzureichen, der diesen mit einer Stellungnahme an den Bezirksverbandsvorstand weiterleitet. Dieser entscheidet über den Antrag.

3. Von dem Ausschlussantrag ist dem Beschuldigten Kenntnis zugeben. Dem Beschuldigten muss Gelegenheit gegeben werden, innerhalb einer Frist von 1 Monat zu den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen schriftlich oder mündlich Stellung zu nehmen.
4. Von der Entscheidung sind die Beteiligten unter Angabe der Gründe und unter Hinweis auf die Beschwerdemöglichkeit und Beschwerdefrist von 1 Monat schriftlich zu benachrichtigen. Über die Beschwerde entscheidet der Beschwerde- und Schlichtungsausschuss des Landesverbandes endgültig.
5. Im Rahmen eines Ausschlussantrages kann in dringenden Fällen der Bezirksverbandsvorstand schriftlich das vorläufige Ruhen der Mitgliedschaft bis zur endgültigen Entscheidung über den Ausschluss anordnen. Damit ruhen auch alle Mitgliedsrechte. Dagegen ist innerhalb eines Monats Beschwerde beim Beschwerde- und Schlichtungsausschuss des Landesverbandes möglich, der darüber endgültig entscheidet. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.
6. Den Ausschluss fördernder und außerordentlicher Mitglieder regelt der Landesverbandsvorstand sinngemäß.
7. Macht das Mitglied von dem Recht der Beschwerde keinen Gebrauch oder versäumt es die Beschwerdefrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass dieser nicht gerichtlich angefochten werden kann.

8. Über Befangenheitsanträge gegen Vorstandsmitglieder entscheiden mindestens 2 Vorstandsmitglieder der jeweils übergeordneten Verbandsstufe.

§ 7

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht der Inanspruchnahme der Verbandseinrichtungen, der Beteiligung an Mitgliederversammlungen und Wahlen, solange es seine Verpflichtungen dem VdK gegenüber erfüllt. Das aktive Wahlrecht kann nur in dem Ortsverband ausgeübt werden, in dem die Mitgliedschaft gem. § 4 der Satzung begründet ist. Es kann in jedes Verbandsorgan gewählt und zu jedem Ehrenamt berufen werden. Angestellte von Verbandsstufen können nicht in der gleichen oder einer übergeordneten Verbandsstufe zu Ehrenämtern berufen werden, wohl aber in den nachgeordneten Verbandsstufen.
2. Bei nicht volljährigen oder sonst in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Mitgliedern werden die Mitgliedsrechte durch den gesetzlichen Vertreter ausgeübt.
3. Die Mitglieder erhalten die Verbandszeitung unentgeltlich. Ehegattenmitglieder, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft, Kinder, Schüler, Auszubildende und Studenten erhalten die Verbandszeitschrift nicht.
4. Die Mitglieder haben das Recht, bei der Verfolgung ihrer versorgungs-, fürsorge-, sozialversicherungs-, behinderten-, sozialhilfe- und anderen sozialrechtlichen Ansprüche die Hilfe des VdK in Anspruch zu nehmen. Ein Hilfeanspruch besteht nicht, wenn das Hilfebegehren offensichtlich unbegründet ist oder ihm deshalb nicht entsprochen werden kann, weil die Vertretungsbefugnis fehlt. Insbesondere für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und bei Strafverfolgung der Mitglieder gibt es keinen Vertretungsanspruch. Soweit für die Wahrnehmung der betreffenden Aufgaben die vom VdK errichtete VdK Sozialrechtsschutz gGmbH mit dem Sitz in Stuttgart besteht, leistet der VdK seine Hilfe durch Einschaltung dieser Gesellschaft.
5. Die Bearbeitung von Vorverfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz oder der Verwaltungsgerichtsordnung und die Vertretung vor den Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten sowie den Landessozialgerichten und dem

Verwaltungsgerichtshof obliegen der vom VdK errichteten Sozialrechtsschutz gGmbH mit Sitz in Stuttgart und ihren Geschäftsführern und Mitarbeitern. Die Vertretung von Mitgliedern in Verfahren vor dem Bundessozialgericht wird durch den Sozialverband VdK Deutschland e.V. mit dem Sitz in Bonn wahrgenommen.

6. Die durch die Bearbeitung von Vorverfahren und/oder gerichtlichen Verfahren entstehenden Kosten der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH hat das jeweils vertretene Mitglied auf der Grundlage eines mit der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH abzuschließenden Geschäftsbesorgungsvertrages nach Maßgabe der folgenden Regelungen zu vergüten:
 - a) Die von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH zu berechnenden Entgelt-Sätze betragen bei den nachstehenden Verfahren:

Vorverfahren	EUR 230,00
Verfahren in der 1. Instanz	EUR 360,00
Verfahren in der 2. Instanz	EUR 430,00
 - b) Bei von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH vertretenen Mitgliedern, die nicht im Sinne von § 53 der Abgabenordnung bedürftig sind, erhöhen sich die in Buchstabe a) bestimmten Entgelt-Sätze durch die Hinzurechnung der Umsatzsteuer nach dem jeweils geltenden Steuersatz (derzeit 7 %).
 - c) Endet ein von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH zu bearbeitendes Verfahren vorzeitig und ist der entstandene Bearbeitungsaufwand wesentlich geringer als der durchschnittliche Bearbeitungsaufwand in einem Verfahren, das durch Endentscheidung abgeschlossen wird, so ermäßigen sich die Entgelt-Sätze nach den Buchstaben a) und b) auf die Hälfte.
7. Wird ein Mitglied, das im Sinne von § 53 der Abgabenordnung bedürftig ist, von der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH in einem Vorverfahren und/oder gerichtlichen Verfahren vertreten und erwirbt das vertretene Mitglied keinen Anspruch gegen den jeweiligen Verfahrensgegner auf vollständige Erstattung des an die VdK Sozialrechtsschutz gGmbH zu zahlenden Entgelts oder kann ein erworbener Erstattungsanspruch nicht durchgesetzt werden, so ist der VdK berechtigt, die Kostenschuld des Mitglieds gegenüber der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH anstelle des Mitglieds mit der Maßnahme teilweise zu begleichen, dass von dem Mitglied selbst lediglich die folgenden Anteile des geschuldeten Entgelts zu entrichten sind:

Vorverfahren	EUR 15,00
Verfahren in der 1. Instanz	EUR 25,00
Verfahren in der 2. Instanz	EUR 35,00

Bestand die VdK-Mitgliedschaft des vertretenen Mitglieds bei Beauftragung der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH weniger als zwei Jahre, so verdoppeln sich die vorstehenden Beträge. Wurde die VdK-Mitgliedschaft anlässlich der Beauftragung der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH erworben oder bestand sie noch nicht wenigstens ein Jahr, so ist das Dreifache der vorstehenden Beträge anzusetzen. In keinem Fall besteht ein Rechtsanspruch eines Mitglieds auf Leistungen des VdK nach den Bestimmungen dieses Absatzes.

8. Der VdK haftet für die Tätigkeit der Sozialrechtsschutz gGmbH sowie für die Tätigkeit ihrer Bevollmächtigten. Für die Verjährung eines Schadenersatzanspruchs gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ein Schadenersatzanspruch gegen den VdK verjährt spätestens mit Ablauf von drei Jahren nach Beendigung des jeweiligen Verfahrens.
9. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Verbandssatzung einzuhalten, die Beschlüsse der Verbandsorgane zur Ausführung zu bringen, die Interessen des VdK zu wahren, bei seiner Ausbreitung mitzuwirken und nach Kräften zur Verwirklichung der Ziele des VdK beizutragen.
10. Die Beendigung der Mitgliedschaft enthebt das bisherige Mitglied nicht von seinen vor dem Ausscheiden entstandenen Verpflichtungen gegenüber dem VdK. Das ausgeschiedene Mitglied hat keinen Anspruch an das Verbandsvermögen.
11. Kein Mitglied darf aus Verbandsmitteln Vergünstigungen oder Entschädigungen erhalten, welche über den Rahmen der in gleichen Fällen bei Behörden und öffentlichen Körperschaften üblichen Regelungen hinausgehen.

§ 8 Beiträge

1. Der Gesamtmitgliedsbeitrag beträgt jährlich Euro 72,00.

Der Beitrag ist im Voraus fällig und wird im Lastschriftverfahren jährlich, halbjährlich oder vierteljährlich ein-

gezogen. Im Jahr des Beitritts wird der Gesamtmitgliedsbeitrag anteilig im Voraus erhoben.

2. Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres zahlen die Hälfte des Regelbeitrages.
3. Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft und Kinder (Schüler, Auszubildende und Studenten) eines Hauptmitgliedes zahlen nur die Hälfte des Regelbeitrags. Darüber hinaus zahlen alle weiteren zum Haushalt gehörenden Kinder im Rahmen einer Familienmitgliedschaft insgesamt nur ein Viertel des Regelbeitrages. Nicht volljährige Kinder eines Mitgliedes, für die keine Mitgliedschaft nach § 8 Ziff. 1 oder § 8 Ziff. 3 besteht, sind für die Dauer eines Rechtsmittelverfahrens der VdK Sozialrechtsschutz gGmbH beitragsfrei Mitglied. In diesem Fall ist nach Eintritt der Volljährigkeit der Regelbeitrag zu entrichten, sofern nicht die Voraussetzungen für eine Ermäßigung vorliegen. Einzelheiten dazu legt der Landesverbandsvorstand in Richtlinien fest.
4. Vom monatlichen Gesamtmitgliedsbeitrag in Höhe von Euro 6,00 beträgt
 - a) der Beitragsanteil des Landesverbandes Euro 3,70. Hierin ist der an den VdK Deutschland zu entrichtende Beitragsanteil mit enthalten.
 - b) der Beitragsanteil der Bezirksverbände Euro 1,00.
 - c) der Beitragsanteil der Kreis- und Ortsverbände zusammen Euro 1,30. Die Aufteilung auf die Kreis- und Ortsverbände bleibt den Kreisverbandstagen bzw. Kreisverbandskonferenzen überlassen.
5. Vom jährlichen Gesamtmitgliedsbeitrag in Höhe von Euro 72,00 beträgt
 - a) der Beitragsanteil des Landesverbandes Euro 44,40. Hierin ist der an den VdK Deutschland zu entrichtende Beitragsanteil mit enthalten.
 - b) der Beitragsanteil der Bezirksverbände Euro 12,00.
 - c) der Beitragsanteil der Kreis- und Ortsverbände zusammen Euro 15,60. Die Aufteilung auf die Kreis- und Ortsverbände bleibt den Kreisverbandstagen bzw. Kreisverbandskonferenzen überlassen.

Die Beitragsaufteilung gilt für Ehegatten, Lebensgefährten in eheähnlicher Gemeinschaft, Kinder, Schüler, Auszubildende und Studenten entsprechend. Gleiches gilt für Mitglieder, die bis zur Vollendung des 35. Lebens-

jahres nur die Hälfte des Regelbeitrages entrichten bzw. im Rahmen der Familienmitgliedschaft lediglich ein Viertel des Regelbeitrages zahlen. Einzelheiten dazu legt der Landesverbandsvorstand in Richtlinien fest.

6. Die Aufteilung auf Kreis- und Ortsverband bleibt dem Kreisverbandstag oder der Kreisverbandskonferenz überlassen.
7. Der Beitrag für außerordentliche Mitglieder wird von Fall zu Fall vereinbart. Der Landesverbandsvorstand erlässt hierzu Richtlinien.

§ 9

Gebiet des Ortsverbandes

Der Kreisverbandsvorstand regelt Änderungen im Gebietsumfang der ihm zugeordneten Ortsverbände. Vor einer Neuregelung ist der Ortsverband zu hören.

§ 10

Fachgruppen

Nach Bedarf können für besondere Gruppen von Mitgliedern eines Ortsverbandes wie Rentner oder Behinderte, sofern deren Zahl mindestens 15 beträgt, Fachgruppen gebildet werden.

§ 11

Vorstand

1. Der Ortsverbandsvorstand besteht aus 3 bis 9 von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern, und zwar
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) dessen Stellvertreter,
 - c) dem Kassierer,
 - d) dem Schriftführer,
 - e) der Frauenvertreterin.

Diese bilden den Geschäftsführenden Vorstand. Seine Beschlüsse – die dem Ortsverbandsvorstand zur Kenntnis zu bringen sind – bleiben bindend, sofern sie nicht vom Ortsverbandsvorstand in seiner nächsten Sitzung abgeändert werden.

Besteht der Vorstand des Ortsverbandes nur aus 3 Mitgliedern, sind die Funktionen nach den Buchstaben a), c)

und d), bei 4 Mitgliedern zusätzlich nach Buchstabe e) zu besetzen. Besteht der Ortsverbandsvorstand nur aus 3 Mitgliedern, soll mindestens eine Frau im Vorstand vertreten sein.

2. Neben dem Geschäftsführenden Vorstand kann die Hauptversammlung bis zu 5 Beisitzer für die Dauer von zwei Jahren wählen.
3. Beisitzer können Frauen, Rentner oder Behinderte und jüngere Mitglieder sowie Schwerbehinderten-Vertrauenspersonen sein.
4. Das Amt eines Mitglieds des Vorstandes endet mit seinem Ausscheiden aus dem VdK. Bei Wegfall eines Vorstandsmitgliedes während der Amtsdauer bilden die übrigen Vorstandsmitglieder bis zu Neuwahl allein den Vorstand. Der Vorstand kann jedoch ein ausgeschiedenes Mitglied bis zur nächstmöglichen Ersatzwahl selbst berufen.
5. Dem Ortsverbandsvorstand obliegt die Vertretung des VdK für den Ortsverbandsbereich und die Wahrung der Interessen der Mitglieder nach Maßgabe der Satzung.
6. Der Vorstand ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Entrichtung der Mitgliedsbeiträge. Einen direkten Einzug der Beiträge durch die Mitgliederverwaltung des Landesverbandes hat er auf Wunsch eines auch vor dem 01.01.2005 eingetretenen Mitgliedes zu ermöglichen. Ist ein Mitglied nicht im direkten Einzug, führt und rechnet der Ortsverband den Mitgliedsbeitrag entsprechend der Satzung und den Weisungen des Landesverbandes ab.
7. Der Ortsverbandsvorstand ist verpflichtet, unvermutete Kassenprüfungen durch Beauftragte übergeordneter Verbandsstufen zu dulden und die für die Prüfung notwendigen Unterlagen vorzulegen oder bereitzustellen.

§ 12 **Revisoren**

1. Die 2 Ortsverbandsrevisoren werden von der Hauptversammlung bis zur nächsten Hauptversammlung gewählt. Sie sind in dieser Eigenschaft vom Ortsverbandsvorstand unabhängig und nur der Hauptversammlung und der Mitgliederversammlung verantwortlich.

2. Das Amt des Revisors endet mit seinem Ausscheiden aus dem Sozialverband VdK. Der Ortsverbandsvorstand kann bis zur nächsten Wahlmöglichkeit einen Ersatzrevisor berufen.
3. Revisionen der Ortsverbandskasse finden mindestens einmal jährlich statt. Über das Ergebnis berichten die Revisoren dem Ortsverbandsvorstand schriftlich und in den Hauptversammlungen oder Mitgliederversammlung mündlich.

§ 13

Hauptversammlung und Mitgliederversammlung

1. Alle zwei Jahre ist eine Hauptversammlung durchzuführen, die vom Ortsverbandsvorsitzenden mindestens eine Woche vorher unter Veröffentlichung der Tagesordnung schriftlich bekannt zu geben und einzuberufen ist. Die Einberufung zur Hauptversammlung muss den Mitgliedern bekannt gemacht werden. Dieses Erfordernis ist auch durch Veröffentlichung in der örtlichen Presse oder dem Gemeindemitteilungsblatt erfüllt.
2. Der Hauptversammlung obliegt
 - a) die Entgegennahme des Geschäfts-, des Kassen- und des Revisionsberichtes für das abgelaufene Geschäftsjahr,
 - b) die Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes,
 - c) die Wahl des Ortsverbandsvorstandes und der 2 Revisoren sowie der Delegierten und ihren Ersatzleute zum Kreisverbandstag.
3. Der Ortsverbandsvorstand kann jederzeit eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, wenn das Verbandsinteresse dies erfordert. Sie muss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Ortsverbandsmitglieder dies fordert.
4. In den Jahren, in denen keine Hauptversammlung stattfindet, ist einer Mitgliederversammlung der Geschäfts-, der Kassen- und der Revisionsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr zu erstatten. Außerdem ist über die Entlastung des Vorstandes Beschluss zu fassen. Zudem sind Ersatzwahlen nach § 11 zwischen zwei Hauptversammlungen vorzunehmen.

5. Satzungsändernde Beschlüsse kann die Hauptversammlung nicht fassen.
6. An der Hauptversammlung und Mitgliederversammlung können auch die Mitglieder des Kreisverbandsvorstandes mit Rederecht teilnehmen.

§ 14 Organe

Der Vorstand des Ortsverbandes, die Hauptversammlung sowie die Mitgliederversammlung sind Organe des Landesverbandes.

§ 15 Rechtsverhältnisse und Geldwesen

1. Der Ortsverbandsvorstand verwaltet die dem Ortsverband zustehenden Beitragsanteile und Rücklagen. Er ist verpflichtet, die den übergeordneten Verbandsstufen zustehenden Beitragsanteile, die weder angegriffen noch zurückgehalten werden dürfen, entsprechend den Weisungen dieser Verbandsstufen unverzüglich weiterzuleiten.
2. Der Ortsverband bedarf zur wirksamen Begründung von Verbindlichkeiten, die über die ihm satzungsgemäß zugewiesenen Aufgaben und die zur Verfügung stehenden Mittel hinausgehen, der Genehmigung des Landesverbandes. Soweit solche genehmigungsbedürftigen Verbindlichkeiten ohne die Genehmigung des Landesverbandes eingegangen werden, haftet der Landesverband hierfür nicht. Er haftet auch nicht für die Einstellung von Angestellten bei Verbandsstufen, soweit es sich nicht um Angestellte des Landesverbandes handelt.
3. Bei Rechtsgeschäften, die den Ortsverband vermögensrechtlich verpflichten, sind die Unterschriften des Vorsitzenden oder des Stellvertreters und des Kassiers erforderlich. Für Barabhebungen vom Konto der Verbandsstufe mittels EC-Karte bzw. für „Home Banking“ gelten die Vorgaben der Anwendungsrichtlinie „Rechtsverhältnisse und Geldwesen“ des Landesverbandsvorstandes in der jeweils gültigen Fassung.

§ 16 **Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung**

1. Der Vorstand des Ortsverbandes ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Für die Hauptversammlung und die Mitgliederversammlung gilt diese Einschränkung nicht.
2. Beschlüsse bedürfen, sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, der einfachen Mehrheit der Abstimmenden. Stimmenthaltung wird nicht gewertet.
3. Abstimmungen sind offen. Geheime Abstimmung muss vorgenommen werden, wenn es ein Drittel der Abstimmungsberechtigten verlangt.
4. Wahlen finden offen nur dann statt, wenn sich kein Widerspruch erhebt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt.
5. Soweit Beschlüsse des Ortsverbandes gegen solche übergeordneter Gremien verstoßen, sind sie nichtig.
6. Über Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Vorsitzenden und dem Schriftführer oder einem anderen Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

§ 17 **Geschäftsjahr**

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 18 **Zusammenlegung, Wechsel zu einem anderen Kreisverband und Auflösung**

1. Die Zusammenlegung mit einem anderen Ortsverband, der Wechsel zu einem anderen Kreisverband oder die Auflösung können nur durch eine Mitglieder- oder Hauptversammlung beschlossen werden, zu welcher sämtliche Mitglieder schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen werden müssen. Die beabsichtigte Maßnahme muss aus der Tagesordnung hervorgehen und den Mitgliedern sowie dem Kreis- und Bezirksverbandsvorstand, bei Wechsel des Kreisverbandes auch dem künftigen Kreisverband, bei Zusammenlegung mit einem anderen Ortsverband auch diesem, mindestens einen Monat vor der Versammlung bekannt gegeben

werden. Die Vorstände der unterrichteten Verbandsstufen können eine Stellungnahme dazu abgeben, die den Teilnehmern der Versammlung zur Abstimmung mit vorzulegen ist.

2. Eine beabsichtigte Auflösung ist dem Kreisverband mindestens einen Monat vor dem Termin der Versammlung mit entsprechender Begründung mitzuteilen. Der Kreisverbandsvorstand hat sich zu der beabsichtigten Auflösung zu äußern. Diese Stellungnahme ist den Teilnehmern der Versammlung zur Abstimmung vorzulegen.
3. Der Beschluss über die beabsichtigte Maßnahme ist wirksam, wenn er von mindestens drei Viertel der anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer der Versammlung gebilligt wird. Über den Verlauf der Versammlung ist ein Protokoll zu fertigen und dem Kreisverbandsvorstand vorzulegen. Die Beschlüsse sind ungültig, wenn nicht satzungsgemäß verfahren worden ist. Bei Bewilligung durch die Mitglieder- oder Hauptversammlung ist die Zustimmung der beteiligten Kreis- und Bezirksvorstände erforderlich.
4. Bei Zusammenlegung mit anderen Ortsverbänden geht das vorhandene Vermögen an den neuen Ortsverband über; sofern ein bisheriger Ortsverband sich aufteilt und die Mitglieder auf mehrere andere Ortsverbände verteilt werden, wird das Vermögen entsprechend den Anteilen der Mitgliederzahlen auf die neuen Ortsverbände aufgeteilt. Entsprechendes gilt bei Angliederung an verschiedene Kreisverbände.
5. Im Falle der Auflösung des Kreisverbandes, hat der Ortsverband in einem Verfahren nach Ziff. 1 über die künftige Kreisverbandszugehörigkeit zu entscheiden. Dabei soll die Zugehörigkeit des Ortes zu der politischen Kreiseinteilung berücksichtigt werden.
6. Bei Auflösung des Ortsverbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigten Zwecke fällt das gesamte Vermögen des Ortsverbandes nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten an den zuständigen Kreisverband, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 19 **Inkrafttreten der Satzung**

Die vorliegende Satzung wurde am 21. September 2012 durch den 16. Ordentlichen Landesverbandstag beschlossen und durch die Landesverbandskonferenz am 28. Juli 2015 mit Wirkung zum 1. Januar 2016 geändert. Sie wurde für die in der Anlage(*) aufgeführten Ortsverbände für verbindlich erklärt.

() Die Anlage zur Satzung der Ortsverbände des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg e.V. führt sämtliche derzeit bestehenden Ortsverbände in Baden-Württemberg auf, gegliedert nach Bezirks- und Kreisverbänden.*

**Anlage zur Satzung der Ortsverbände
des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg e. V.
führt sämtliche derzeit bestehenden Ortsverbände
in Baden-Württemberg auf, gegliedert nach
Bezirks- und Kreisverbänden.
Stand 31. Dezember 2013**

Bezirksverband Nordbaden

Kreisverband Bruchsal

Bruchsal	Langenbrücken	Philippsburg
Forst	Menzingen	Rheinsheim
Gochsheim-Bahnbrücke	Mingolsheim	Ubstadt
Gondelsheim	Neudorf	Unteröwisheim
Hambrücken	Neuthard	Weiher
Huttenheim	Obergrombach	Wiesental
Karlsdorf	Oberhausen-Rheinhausen	Zeutern
Kirrlach	Odenheim	
Kronau	Östringen	

Kreisverband Heidelberg

Altenbach	Heiligkreuzsteinach	Spechbach
Altneudorf	Helmstadt	St. Ilgen
Angelbachtal	Hilsbach	St. Leon
Baiertal	Hoffenheim	St. Leon-Rot
Bammental	Leimen	Steinsfurt
Bargen	Malsch	Tairnbach
Dielheim	Malschenberg	Waibstadt
Dossenheim	Mauer	Waldangelloch
Dühren	Meckesheim	Waldwimmersbach
Eberbach	Mühlhausen	Walldorf
Ehrstädt	Neckarbischofsheim	Weiler
Epfenbach	Neckargemünd	Wiesenbach
Eppelheim	Neidenstein	Wiesloch
Eschelbach	Nußloch	Wilhelmsfeld
Eschelbronn	Rauenberg	Zuzenhausen
Gaiberg	Reichartshausen	
Gauangelloch	Reihen	
HD-Boxberg	Rettigheim	
HD-Handschuhsheim	Sandhausen	
HD-Kirchheim	Schatthausen	
HD-Pfaffengrund	Schönau	
HD-Rohrbach	Schönbrunn	
HD-Wieblingen	Sinsheim	
HD-Ziegelhausen	Sinsheim-Rohrbach	
HD-Stadt		

Kreisverband Karlsruhe

Blankenloch	KA-Grünwinkel	Linkenheim-Hochstetten
Bretten	KA-Innen- u. Weststadt	Maxzell
Bruchhausen	KA-Knielingen	Mörsch
Busenbach	KA-Mühlburg	Mutschelbach
Eggenstein-Leopoldshafen	KA-Neureut	Oberderdingen
Ettlingen	KA-Oststadt	Oberweier
Ettlingenweier	KA-Rintheim	Pfintzal
Etzenrot-Reichenbach	KA-Stupferich	Russheim
Forchheim	KA-Süd	Spielberg
Friedrichstal	KA-Südstadt	Spöck
Gölshausen	KA-Südweststadt	Staffort
Graben	KA-Waldstadt	Sulzfeld
Jöhlingen	KA-Wettersbach	Völkersbach
KA-Daxlanden	Kürnbach	Weingarten
KA-Durlach-Aue	Langensteinbach	Wössingen
KA-Grötzingen	Liedolsheim	

Kreisverband Mannheim

Altlussheim	MA-Friedrichsfeld	Neckarhausen
Brühl	MA-Innenstadt	Neulußheim
Edingen	MA-Käfertal	Oberflockenbach
Großsachsen	MA-Lindenhof	Oftersheim
Heddesheim	MA-Neckarau	Plankstadt
Hemsbach	MA-Neckarstadt	Reilingen
Hockenheim	MA-Rheinau	Schriesheim
Ilvesheim	MA-Sandhofen	Schwetzingen
Ketsch	MA-Schönau	Weinheim
Ladenburg	MA-Schwetzingenstadt	
Laudenbach	MA-Seckenheim	
Leutershausen	MA-Vogelstang/I.Rott	
MA-Feudenheim-Wallstadt	MA-Waldhof	

Kreisverband Neckar-Odenwald

Adelsheim	Hassmersheim	Schefflenz
Adelsheim-Sennfeld	Hettingen	Schlierstadt
Ahorn	Höpfingen	Schlossau
Asbach	Hüffenhardt	Schwarzach
Bauland	Limbach	Seckach
Billigheim	Mosbach	Stadtverband Ravenstein
Buchen	Mudau	Sulzbach
Buchen-Bödighheim	Neckargerach	Wagenschwend
Elztal	Neunkirchen	Waldbrunn
Fahrenbach	Obrigheim	Waldmühlbach
Großeichholzheim	Osterburken	Walldürn

Hardheim	Robern	Walldürn-Rippberg
Hardheim-Schweinberg	Rosenberg	

Kreisverband Pforzheim

Eisingen	Mühlacker	PF-Dillweißenstein-Würm
Engelsbrand	Neuenbürg	Pforzheim-Eutingen
Großlattbach	Neuhausen	PF-Huchenfeld-Hohenwart
Illingen-Schützingen	Neulingen-Bauschlott	PF-Nordstadt
Ispringen	Neulingen-Göbrichen	PF-Oststadt
Kämpfelbach-Bilfingen	Niefern-Öbr.-Kieselbronn	PF-Südstadt
Kämpfelbach-Ersingen	Ölbronn-Dürm	Remchingen-Singen
Karlsbad-Ittersbach	Ötisheim	Straubenhardt-Dennach
Keltern	PF-Brötzingen	Tiefenbronn
Königsbach-Stein	PF-Büchenbronn	Wiernsheim
Maulbronn-Knittlingen	PF-Buckenberg	Wurmberg

Kreisverband Rastatt

Au am Rhein	Hügelsheim	Ötigheim
Bad Rotenfels	Iffezheim	Ottenau
Bietigheim	Kuppenheim	Ottersdorf
Durmersheim	Michelbach	Plittersdorf
Elchesheim-Illingen	Muggensturm	Rastatt
Gaggenau	Murgtal	Wintersdorf
Hörden	Niederbühl	

Kreisverband Tauberbischofsheim

Balbachtal	Hundheim	Tauberbischofsheim
Boxtal	Königheim	Umpfertal
Freudenberg	Königshofen	Wenkheim
Gamburg	Külsheim	Wertheim-Mondfeld
Gerchsheim	Lauda	Wertheim-Nassig
Großrinderfeld	Rauenberg	Wertheim-Reicholzheim
Grünsfeld	Schweigern	Wittighausen-Messelhausen

Bezirksverband Südbaden

Kreisverband Baden-Baden/Bühl

Achern	Kappelrodeck-Waldulm	Sasbach
BAD-Balg	Lauf	Sasbachwalden
BAD-Mitte-Lichtental	Oberachern-Mösbach	Sinzheim
BAD-Oos	Ottenhöfen	
Bühl	Ottersweier	
Bühlertal	Rebland	
Fautenbach-Önsbach	Rheinmünster	

Kreisverband Donaueschingen

Blumberg	Furtwangen	Oberbaldingen
Bräunlingen	Geisingen	Rötenbach
Dittishausen	Hüfingen	Tannheim
Donaueschingen	Immendingen	Vöhrenbach

Kreisverband Emmendingen

Bahlingen	Herbolzheim	Sasbach
Buchholz-Suggental	Kenzingen	Sexau
Denzlingen	Kollnau	Simonswald
Elzach	Köndringen-Malterdingen	Teningen
Emmendingen	Mundingen-Landeck	Vörstetten
Endingen	Nimburg-Bottingen	Waldkirch
Freiamt	Reute	Wasser
Gutach	Rheinhausen	Weisweil
Heimbach	Riegel	Winden
		Wyhl

Kreisverband Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald

Bad Krotzingen	Feldberg-Schluchsee	Müllheim
Bötzingen	Gottenheim	Münstertal
Breisach	Gundelfingen	Neuenburg
Breitnau	Hartheim	Neustadt
Britzingen	Heitersheim	Oberbergen
Burkheim a.K.	Hexental	Oberried
Ebringen	Hinterzarten	Oberrotweil
Eichstetten	Ihringen	Pfaffenweiler
Eisenbach	Jechtingen	Schallstadt
FB-Ebnet	Kirchhofen	St. Märgen
FB-Haslach	Kirchzarten	St. Peter
FB-Herders	Lenzkirch	Staufen
FB-Münzingen	Löffingen	Sulzburg
FB-St. Georgen	March-Hochdorf	Tuniberg

FB-West-Mooswald	Mengen	Umkirch
FB-Wiehre	Merdingen	Waldau
FB-Zähringen-Wildtal		

Kreisverband Kehl

Altenheim	Kork	Rheinau-Freistett
Appenweier	Legelshurst	Rheinbischofsheim
Auenheim	Lichtenau	Urloffen
Bodersweier	Memprechtshofen	Waghurst
Goldscheuer	Neumühl	Willstätt-Sand
Kehl	Renchen	

Kreisverband Konstanz

Aach/Volkertshausen	Konstanz	Reichenau
Allensbach	Oberer Hegau	Rielasingen
Gottmadingen	Öhningen	Singen
Hilzingen	Radolfzell	

Kreisverband Lahr

Dundenheim	Kippenheim	Reichenbach
Ettenheim	Kuhbach	Ringsheim
Friesenheim	Lahr	Rust
Grafenhausen	Mahlberg	Schuttertal
Ichenheim	Meißenheim	Schwanau
Kappel	Oberschopfheim	Seelbach

Kreisverband Lörrach

Brombach	Höllstein-Steinen	Todtnau-Schönau
Dreiländereck	Kandern	Weitenau
Efringen-Kirchen	Kleines Wiesental	Wies
Eimeldingen	Lörrach	Zell i.W.
Grenzach-Wyhlen-Her.	Maulburg	
Haltingen	Rheinfeldern	
Hasel	Schopfheim	
Hausen	Schwörstadt	

Kreisverband Offenburg

Bad Peterstal	Hofweier	Ortenberg
Biberach	Hornberg-Gutach	Schutterwald
Bohlsbach	Niederschopfheim	Steinach
Diersburg	Oberharmersbach	Wolfach-Kirnbach
Durbach	Oberkirch	Wolftal-Hausach

Gengenbach
Harmersbachtal
Haslach i.K.

Offenburg
Ohlsbach
Oppenau

Zunsweier

Kreisverband Stockach

Boll
Buchheim
Eigeltingen
Emmingen-Liptingen
Gutenstein

Kreenheinstetten
Meßkirch
Mühlingen
Nenzingen

Schwandorf
Schwenningen
Stockach
Zizenhausen

Kreisverband Überlingen

Bermatingen
Deggenhausertal
Frickingen
Heiligenberg

Immenstaad
Markdorf
Meersburg
Owingen

Salem
Sipplingen
Überlingen
Uhdlingen-Mühlhofen

Kreisverband Villingen

Bad Dürkheim
Brigachtal
Königsfeld

Niedereschach
Raumschaft Triberg
St. Georgen

Tennenbronn
Villingen

Kreisverband Waldshut

Albruck-Dogern
Bad Säckingen
Bannholz-Indlekofen
Bonndorf
Dachsberg-Ibach
Görwihl
Hänner-Oberhof
Häusern-Höchenschw.

Herrischried
Hohentengen
Jestetten
Klettgau-Dettighofen
Küssaberg
Lauchringen
Laufenburg
Mittleres Wutachtal

Murg
Öflingen
Tiengen
Todtmoos
Ühlingen-Birkendorf
Waldshut
Wehr

Bezirksverband Nordwürttemberg

Kreisverband Aalen

Aalen	Lauchheim	Schrezheim
Bopfingen-Oberdorf	Neresheim	Tannhausen
Ellwangen	Oberkochen	Unterkochen-Ebnat
Essingen	Pfahlheim	Unterschneidheim
Fachsenfeld/Dewangen	Rainau	Waldhausen
Hofen	Riesbürg	Wasseralfingen
Hofherrnweiler	Röhlingen	Westhausen
Hüttlingen/Abtsgmünd	Rosenberg	
Jagstzell	Schloßberg	

Kreisverband Backnang

Althütte	Kirchberg/Murr	Rottal
Backnang	Murrhardt	Sulzbach/Kocher
Burgstetten	Murr-Lauter	
Großerlach	Oppenweiler	

Kreisverband Böblingen

Aidlingen	Grafenau	Maichingen
Altdorf	Herrenberg	Mötzingen
Böblingen	Hildrizhausen	Nufringen-Rohrau
Bondorf	Jettingen	Schönaich
Ehningen	Kuppingen-Oberjesingen	Sindelfingen
Gärtringen	Leinfelden-Musberg	Steinenbronn
Gäufelden	Magstadt	Waldenbuch
		Weil im Schönbuch

Kreisverband Crailsheim

Bartenstein	Frankenhardt-Honh.	Michelbach/Lücke
Blaufelden	Gerabronn	Rot am See
Brettheim	Jagstheim	Satteldorf
Crailsheim	Kirchberg/Jagst	Schrozberg
Fichtenau	Kreßberg	Stimpfach
Frankenhardt-Gründ.	Langenburg	Wallhausen-Hengstf.

Kreisverband Esslingen

Aichwald	Harthausen	Plochingen
Altbach	Hochdorf	Reichenbach/Fils
Baltmannsweiler	Kemnat	RSKN-Esslingen
Berkheim	Köngen	Ruit
Bernhausen	Lichtenwald	Scharnhausen

Bonlanden/Sielmingen	Mettingen	Stetten
Deizisau	Nellingen	Wernau
Denkendorf	Neuhausen a. d. F.	Zell
Echterdingen	Ostfil.-Parksiedlung	
Esslingen	Plattenhardt	

Kreisverband Göppingen

Albershausen	Göppingen	Östlicher Schurwald
Bad Boll	Gruibingen	Salach
Donzdorf	Heiningen-Eschenbach	Schlierbach
Dürnau-Gammelshausen	Holzheim	Süßen
Ebersbach/Fils	Jebenhausen	Uhingen
Eislingen/Fils	Kuchen	Wangen
Faurndau	Lauterstein	Wiesensteig
Geislingen/Steige		

Kreisverband Heidenheim

Ballmertshofen	Giengen	Mergelstetten
Bolheim	Großkuchen	Nattheim
Brenz	Gussenstadt	Niederstotzingen
Burgberg	Heidenheim	Oggenhausen
Dettingen	Heldenfingen-Heuchl.	Schnaitheim
Dischingen	Herbrechtingen	Söhnstetten
Dunstelkingen/Frick.	Hermaringen	Sontheim
Eglingen	Hürben	Steinheim/Albuch
Gerstetten	Königsbronn	

Kreisverband Heilbronn

Affaltrach	Heilbronn	Neuenstadt
Bad Friedrichshall	HN-Biberach	Nordheim
Bad Rappenau	HN-Böckingen	Obereisesheim
Bad Wimpfen	HN-Frankenbach	Oberes Zabergäu
Berwangen	HN-Kirchhausen	Oedheim
Bonfeld	HN-Neckargartach	Roigheim
Brackenheim	Ittlingen	Schwaigern
Eberstadt	Jagsthausen	Siglingen
Ellhofen-Lehrensteinsfeld	Kirchartd	Talheim
Eppingen	Langenbrettach	Untereisesheim
Eppingen-Elsenz	Lauffen	Untergruppenbach
Erlenbach	Leingarten	Weinsberg
Eschenau	Löwenstein	Willsbach
Flein	Mittl. Schozachtal	Wüstenrot
Gemmingen	Möckmühl	
Gronau	Neckarsulm	
Gundelsheim	Neudenau	

Kreisverband Künzelsau

Dörzbach	Künzelsau	Niedernhall
Ingelfingen	Mulfingen	Schöntal
Krautheim		

Kreisverband Leonberg

Ditzingen	Höfingen	Renningen
Flacht	Korntal-Münchingen	Rutesheim
Friolzheim	Leonberg	Weil der Stadt
Gerlingen	Malmsheim	Weissach
Heimsheim	Merklingen-Münkling.	Wimsheim
Hemmingen	Mönsheim	

Kreisverband Ludwigsburg

Affalterbach	Großsachsenheim	Mundelsheim
Aldingen-Neckargrö.	Gündelbach	Neckarrems
Asperg	Hessigheim-Ottmarsh.	Neckarweihingen/Hoh.
Benningen	Hochdorf a. d. Enz	Nussdorf
Besigheim	Hochdorf/Hochberg	Oberriexingen
Bietigheim	Horrheim	Oberstenfeld
Bissingen	Ingersheim	Ochsenbach/Häfnerh.
Bönnigheim	Kirchheim/Neckar	OBweil
Eberdingen	Kleinglattbach	Pleidelsheim
Eglosheim	Kleinsachsenheim	Poppenweiler
Ensing	Kornwestheim	Sachsenheim/Hohs.
Enzweihingen	LB-West/Pflugfelden	Schwieberdingen
Erdmannhausen	Löchgau	Sersheim
Erligheim	Ludwigsburg-Ost	Steinheim a. d. Murr
Freiberg	Marbach	Tamm
Freudental	Marbach-Rielingshshn.	Vaihingen/Enz
Gemrigheim	Markgröningen	Walheim
Großbottwar	Möglingen	

VdK-Gemeinschaft Besigheim-Neckartal

VdK-Gemeinschaft Ludwigsburg

VdK-Gemeinschaft Vaihingen/Enz

VdK-Gemeinschaft Stromberg

Kreisverband Mergentheim

Althausen-Neunkirchen	Elpersheim	Niederstetten
Assamstadt	Igersheim	Stuppach
Bad Mergentheim	Laudenbach	Wachbach
Creglingen	Markelsheim	Weikersheim
Edelfingen		

Kreisverband Nürtingen

Altenriet-Schlaidt	Kirchheim/Teck	Nürtingen
Bemplingen-Neckartenzlingen	Kohlberg/Kappish.	Oberboihingen
Beuren	Lenninger-Tal	Ohmden
Bissingen-Dettingen	Neckartailfingen	Unterensingen
Erkenbrechtsweiler	Neuenhaus	Weilheim/Teck
Frickenhausen	Neuffener Tal	Wendlingen
Großbettlingen	Notzingen	Wolfschlügen-Grötz.
Holzmaden		

Kreisverband Öhringen

Bretzfeld	Langenbeutingen	Öhringen
Forchtenberg	Maienfels-Neuhütten	Ohrnberg
Kirchensall	Neuenstein-Waldenburg	
Pfedelbach		
Kupferzell		

Kreisverband Schwäbisch Gmünd

Alfdorf	Großdeinbach	Lorch
Bargau	Gschwend	Mögglingen
Bartholomä	Herlikofen	Mutlangen
Bettingen	Heubach	Pfahlbronn
Böbingen	Heuchlingen	Schwäbisch Gmünd
Durlangen	Iggingen-Leinzell	Tierhaupten
Göggingen	Lindach	Waldhausen

Kreisverband Schwäbisch Hall

Braunsbach	Ilshofen	Sulzdorf
Bühlertann	Mainhardt	Vellberg
Fischachtal	Rosengarten	
Gaildorf	Schwäbisch Hall	

Kreisverband Stuttgart

Giebel	S-Möhringen	Stuttgart-Mitte
Plieningen-Birkach	S-Möchfeld/Freiberg/	Stuttgart-Nord
S-Bad Cannstatt	Mühlhausen	Stuttgart-Ost
S-Botnang	S-Münster/Hof./Neug.	Stuttgart-West
S-Degerloch	S-Obertürkheim/H./R.	S-Vaihingen
S-Fasanenhof	S-Rohr	S-Wangen
S-Feuerbach	S-Rosenberg	S-Weilimdorf
S-Heslach	S-Rot	S-Zuffenhausen
S-Heumaden	S-Stammheim	Untertürkheim
Sillenbuch/Riederb.	S-Stöckach/Gaisburg	

Kreisverband Ulm

Altheim/Alb	Erbach	Nellingen
Amstetten	Ermingen	Oberkirchberg
Asch	Gerhausen	Scharenstetten
Asselfingen-Rammingen	Göggingen	Söflingen
Balzheim	Herrlingen	Staig
Beimerstetten	Illertal	Ulm-Nord
Berghülen	Laichingen	Ulm-Ost
Bernstadt	Langenau	Ulm-West
Blaubeuren	Lonsee-Westerstetten	Westerheim
Dellmensingen	Merklingen	Wiblingen
Dornstadt		

Kreisverband Waiblingen

Aspach	Korb	Schorndorf
Beutelsbach	Leutenbach	Schwaikheim
Bittenfeld	Miedelsbach-Rudersberg	Urbach
Endersbach	Nellmersbach-Hertmannsweiler	Waiblingen
Fellbach	Neustadt-Hohenacker	Weissacher Tal
Großheppach	Remshalden	Welzheim
Kaisersbach	Schmiden-Oeffingen	Winnenden
Kernen		

Bezirksverband Südwürttemberg–Hohenzollern

Kreisverband Biberach

Altheim	Erolzheim	Rot
Andelfingen	Ertingen	Schemmerberg
Attenweiler	Hochdorf	Schemmerhofen
Bad Buchau	Ingoldingen	Schwendi
Bad Schussenried	Kirchberg	Sulmingen
Bellamont	Laupheim	Tannheim
Berkheim	Maselheim	Ummendorf
Biberach	Mietingen	Unlingen
Burgrieden	Mittelbiberach	Unter-Obersulmetingen
Dettingen	Mittelbuch/Ringschn.	Unterschwarzach
Dürmentingen	Ochsenhausen	Uttenweiler
Eberhardzell	Riedlingen	Warthausen

Kreisverband Calw

Altensteig	Effringen	Oberreichenbach
Althengstett	Enzklöstere	Schömberg
Bad Herrenalb	Gechingen	Simmozheim
Bad Liebenzell	Gräfenhausen	Stammheim
Bad Wildbad	Haiterbach	Wildberg
Calmbach	Nagold	
Calw	Neubulach	

Kreisverband Ehingen

Allmendingen	Kirchen	Rottenacker
Dieterskirch	Munderkingen	Schelklingen
Ehingen	Obermarchtal	Weilersteußlingen
Granheim	Oggelsbeuren	Zwiefaltendorf
Kirchbierlingen	Ringingen	

Kreisverband Freudenstadt

Alpirsbach	Eutingen i. Gäu	Nordstetten
Altheim	Freudenstadt	Pfalzgrafenweiler
B.Rippoldsau-Schapb.	Glatten	Rexingen
Baiersbronn	Grömbach	Salzstetten
Betra	Grüntal	Schopfloch
Betzweiler	Horb	Seewald
Bildechingen	Klosterreichenbach	Talheim
Dettingen	Lombach	Waldachtal
Dornstetten	Loßburg	Wittlensweiler
Empfingen	Mühlingen	

Kreisverband Ravensburg

Aichstetten	Bergatreute	Ravensburg
Aitrach	Bodnegg	Reute
Altshausen	Fronreute	Vogt
Alttann	Haisterkirch	Waldburg
Amtzell	Horgenzell	Wangen
Argenbühl	Isny	Weingarten
Aulendorf	KiBlegg	Wilhelmsdorf
Bad Waldsee	Leupolz	Wolpertswende
Bad Wurzach	Leutkirch	
Baienfurt	Mittelurbach	
Baindt	Neuravensburg	

Kreisverband Reutlingen

Auingen	Hayingen	Riederich
Bad Urach	Hohenstein	Römerstein
Betzingen-Derschl.	Kohlstetten	Sonnenbühl
Dettingen	Mehrstetten	St. Johann
Dottingen	Metzingen	Trochtelfingen
Engstingen	Mittelstadt	Wannweil
Eningen	Münsingen	Zwiefalten
Gomadingen	Neuhausen	
Gomaringen/Bronnw.	Reutlingen	

Kreisverband Rottweil

Aichhalden-Rötenberg	Fluorn-Winzel	Stetten
Aistaig	Marschalkenzimmern	Sulz
Deißlingen	Mühlheim	Villingendorf
Dietingen	Oberndorf	Vöhringen-Bergfelden
Dornhan	Rottweil	Wellendingen
Dunningen-Seedorf	Schrammberg	Wittershausen
Epfendorf	Schwenningen	

Kreisverband Sigmaringen

Alb-Lauchert	Krauchenwies	Sigmaringen
Bad Saulgau	Laiz	Sigmaringendorf
Bingen	Mengen	Stetten a.k.M.
Frohnstetten	Neufra	Straßberg
Gammertingen	Ostrach	Thalheim
Herbertingen	Pfullendorf	Wald-Hohenfels
Hohentengen	Scheer	

Kreisverband Tettngang

Ailingen	Friedrichshafen	Meckenbeuren
Eriskirch	Kressbronn	Neukirch
Ettenkirch	Langenargen	Oberteuringen
Fischbach	Langnau	Tettngang

Kreisverband Tübingen

Altingen	Lustnau	Seeborn
Bodelshausen	Mähringen	Starzach
Bühl-Kilchberg	Mössingen	Tübingen
Dettenhausen	Oberndorf	Unterjesingen
Dettingen	Pfäffg.-Entrg./Breit	Walddorf/Rübgarten
Ergenzingen	Pfrondorf	Wankheim
Hirrlingen	Pliezhausen	Weiler
Hirschau	Reusten-Poltringen	Wendelsheim
Kirchentellingsfurt	Rottenburg	Wurmlingen
Kusterdingen		

Kreisverband Tuttlingen

Aldingen	Hausen	Seitingen-Oberflacht
Bärenthal	Kolbingen	Spaichingen
Böttingen	Möhringen	Trossingen
Deilingen	Mühlheim-Stetten	Tuttlingen
Denkingen	Nendingen	Wehingen
Fridingen	Neuhausen	Wurmlingen
Gosheim	Rietheim-Weilheim	

Kreisverband Zollernalb

Balingen	Haigerloch	Ratshausen
Bisingen	Hechingen	Rosenfeld
Boll	Margrethausen	Salmendingen
Burladingen	Meßstetten-Hossingen	Schörzingen
Dotternhausen	Nusplingen	Stetten/Holstein/Killer
Ebingen	Onstmettingen	Täbingen
Engstlatt	Ostdorf	Trillfingen
Frommern-Weilstetten	Owingen	Winterlingen
Geislingen	Pfeffingen	Zillhausen
Guol	Rangendingen	

Anhang zur Satzung

Wahlordnung

Für die Gliederungen und Organe des VdK Landesverbandes Baden-Württemberg e.V.

§ 1

Die Leitung und Durchführung von Wahlen der Organe des Landesverbandes obliegt einem von den stimmberechtigten Teilnehmern des jeweiligen Organs gewählten Wahlleiter. Bei Bedarf kann zur Unterstützung des Wahlleiters eine Wahlkommission gewählt werden, die – einschließlich Wahlleiter – aus höchstens 10 Mitgliedern besteht.

§ 2

Wahlvorschläge können von jedem anwesenden stimmberechtigten Teilnehmer eingebracht werden. Ein Wahlvorschlag wird nur angenommen, wenn die Einverständniserklärung des Kandidaten vorliegt. Werden Personen zur Wahl vorgeschlagen, die nicht anwesend sind, so ist deren schriftliche Einverständniserklärung erforderlich. Die ordentliche Mitgliedschaft im Verband ist für jede Kandidatur unabdingbare Voraussetzung.

§ 3

Soweit jeweils mehr als ein Wahlvorschlag vorliegt, oder dies gewünscht wird, wird mit verdeckten Stimmzetteln gewählt.

§ 4

Gewählt ist, wer die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit ist die Wahl zu wiederholen. Stimmenthaltung wird nicht gezählt.

§ 5

Der Wahlleiter hat unmittelbar nach Beendigung der Auszählung der abgegebenen Stimmzettel bzw. nach erfolgter offener Abstimmung das Wahlergebnis bekannt zu geben und die Gewählten zu befragen, ob sie die Wahl annehmen.

Für den Fall, dass ein Gewählter die Wahl nicht annimmt, muss die Wahlhandlung wiederholt werden.

§ 6

Die abgegebenen und ausgezählten Stimmzettel sind bis zum Abschluss des jeweils nächsten einberufenen Organs aufzubewahren.

§ 7

Zweifel an der Richtigkeit eines Wahlergebnisses sind unmittelbar nach seiner Bekanntgabe bei dem Wahlleiter anzumelden, der eine sofortige Überprüfung und evtl. Berichtigung vorzunehmen hat. Eine vollzogene Wahl oder ein Wahlergebnis kann nur während der Dauer der Tagung des Organes und nur von stimmberechtigten Delegierten angefochten werden. Über die Anfechtung entscheidet der Wahlleiter.

§ 8

Diese Wahlordnung tritt am 04. Juni 1993 in Kraft und wird für alle Verbandsgliederungen und Organe für verbindlich erklärt.

**Richtlinien
zur Rechtsstellung der Ehegatten, Lebensgefährten und
Kinder in häuslicher Gemeinschaft (Ehegatten/Lebens-
gefährten/Kindermitgliedschaft – Jungmitgliedschaft –
Familienmitgliedschaft)**

Aufgrund § 8 Ziff. 3 der Satzung des Landesverbandes erlässt der Landesverbandsvorstand folgende Richtlinien:

§1

1. Ehegatten, Lebensgefährten in häuslicher Gemeinschaft und Kinder (Schüler, Auszubildende und Studenten) eines Hauptmitgliedes haben dieselben Mitgliedschaftsrechte wie das Hauptmitglied, von dem sie Ihre Mitgliedschaft herleiten.
2. Lebensgefährten im Sinne dieser Richtlinien sind Personen in eheähnlichen Lebensverhältnissen.
3.
 - a) Als Kinder in häuslicher Gemeinschaft gelten auch Kinder, die behinderungsbedingt in einer Pflegeeinrichtung untergebracht sind und Schüler, Auszubildende und Studenten, die ausbildungsbedingt vorübergehend außer Haus leben.
 - b) Als Kinder werden Kinder bis zum 18. Lebensjahr berücksichtigt, die im ersten Grad entweder mit dem Hauptmitglied oder bei einer Familienmitgliedschaft mit dem Ehegatten/Lebensgefährten verwandt sind und in häuslicher Gemeinschaft mit diesen leben.
 - c) Für ein 18 Jahre altes Kind gelten bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres diese Richtlinien entsprechend, solange es eine Schul- oder Berufsausbildung oder ein Studium durchläuft und Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz, Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder Kinderzuschuss aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhält.
 - d) Gleiches gilt für Kinder über das 27. Lebensjahr hinaus ohne altersmäßige Begrenzung, wenn das Kind wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung nicht in der Lage ist, durch eine eigene Erwerbstätigkeit oder durch andere Einkünfte und Bezüge seinen Lebensunterhalt zu bestreiten und hier wegen Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz, Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder Kinderzuschuss aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhält.

4. a) Sofern nach dem 18. Lebensjahr der nach § 8 Ziff.3 der Landesverbandssatzung, § 5 Ziff. 1 und 2 der Bezirks- und Kreisverbandssatzung, und § 8 Ziff. 2 der Ortsverbandssatzung in Verbindung mit § 2 und § 4 dieser Richtlinien geltende Beitrag in Anspruch genommen wird, sind die Voraussetzungen durch Vorlage eines jährlichen Nachweises über den laufenden Bezug von Kindergeld bei dem Ortsverband nachzuweisen, in dem die Mitgliedschaft begründet ist oder bei der Mitgliederverwaltung.
 - b) Die Vorlage des Nachweises über den laufenden Bezug von Kindergeld steht der Nachweis über den Bezug von Kinderzulage/Kinderzuschuss aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung gleich.
 - c) Sofern der entsprechende Nachweis nach Vollendung des 18. Lebensjahres nicht vorliegt, wird das Kind, der Schüler, der Auszubildende und der Student mit dem 01. Januar des Folgejahres als Hauptmitglied geführt.
5. Eine VdK-Zeitung erhalten Mitglieder nach diesen Richtlinien nicht.

§ 2

Werden Ehegatten, Lebensgefährten in häuslicher Gemeinschaft, Kinder, Schüler, Auszubildende und Studenten als Hauptmitglied mit vollem Regelbeitrag geführt, kann einer der beiden Mitglieder den Status mit halbem Regelbeitrag erwerben.

§ 3

1. Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres werden als Jungmitglied geführt und zahlen den halben Regelbeitrag.
2. Jungmitglieder, die den Status Ehegatten, Lebensgefährten in häuslicher Gemeinschaft erwerben, zahlen unabhängig hiervon auch den halben Regelbeitrag.

§ 4

Leben neben dem Hauptmitglied und einem den hälftigen Regelbeitrag zahlenden Mitglied ein Kind bzw. weitere Kinder im Haushalt des Hauptmitgliedes, so können dieses Kind bzw. weiteren Kinder Mitglieder im Rahmen einer Familien-

mitgliedschaft werden. Dieser Status führt zu einer Zahlung in Höhe eines Viertels des Regelbeitrages und beinhaltet die Mitgliedschaft aller im Haushalt lebenden Kinder, unabhängig von deren Anzahl.

§ 5

Es muss für jede Mitgliedschaft eine Beitrittserklärung ausgefüllt und unterzeichnet werden, unabhängig von einer etwaigen Beitragszahlung.

§ 6

1. Beim Tod oder Austritt des Hauptmitgliedes werden der Ehegatte, Lebensgefährte bzw. Kind (Schüler, Auszubildende und Studenten) in häuslicher Gemeinschaft zum nächsten fälligen Zahlungstermin als Hauptmitglied weiter geführt.
2. Dies erfolgt auch im Rahmen einer Familienmitgliedschaft, allerdings mit der Folge, dass das Mitglied mit einem Viertel des Regelbeitrages auf hälftigen Regelbeitrag angehoben wird und das älteste beitragsfreie Kind wird auf einen Viertel des Regelbeitrages angehoben. Alle weiteren Kinder bleiben beitragsfrei.

§ 7

Für die Verleihung von Treueabzeichen können auf Antrag beim Bezirksverband längere Mitgliedszeiten des verstorbenen Hauptmitglieds angerechnet werden.

§ 8

Die Aufteilung der Hälfte bzw. des Viertels des Regelbeitrages auf die Verbandsstufen erfolgt nach Maßgabe der Satzung. Die Verteilung der Kreis- und Ortsverbandsanteile soll analog der Aufteilung beim Hauptmitglied vorgenommen werden.

§ 9

Diese Richtlinien treten mit Wirkung vom 01. Januar 2014 in Kraft und ersetzen die bislang geltenden Richtlinien zur Rechtstellung der Ehegatten und Lebensgefährten in häuslicher Gemeinschaft.

Notizen



SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Auflage: 02 / 2016